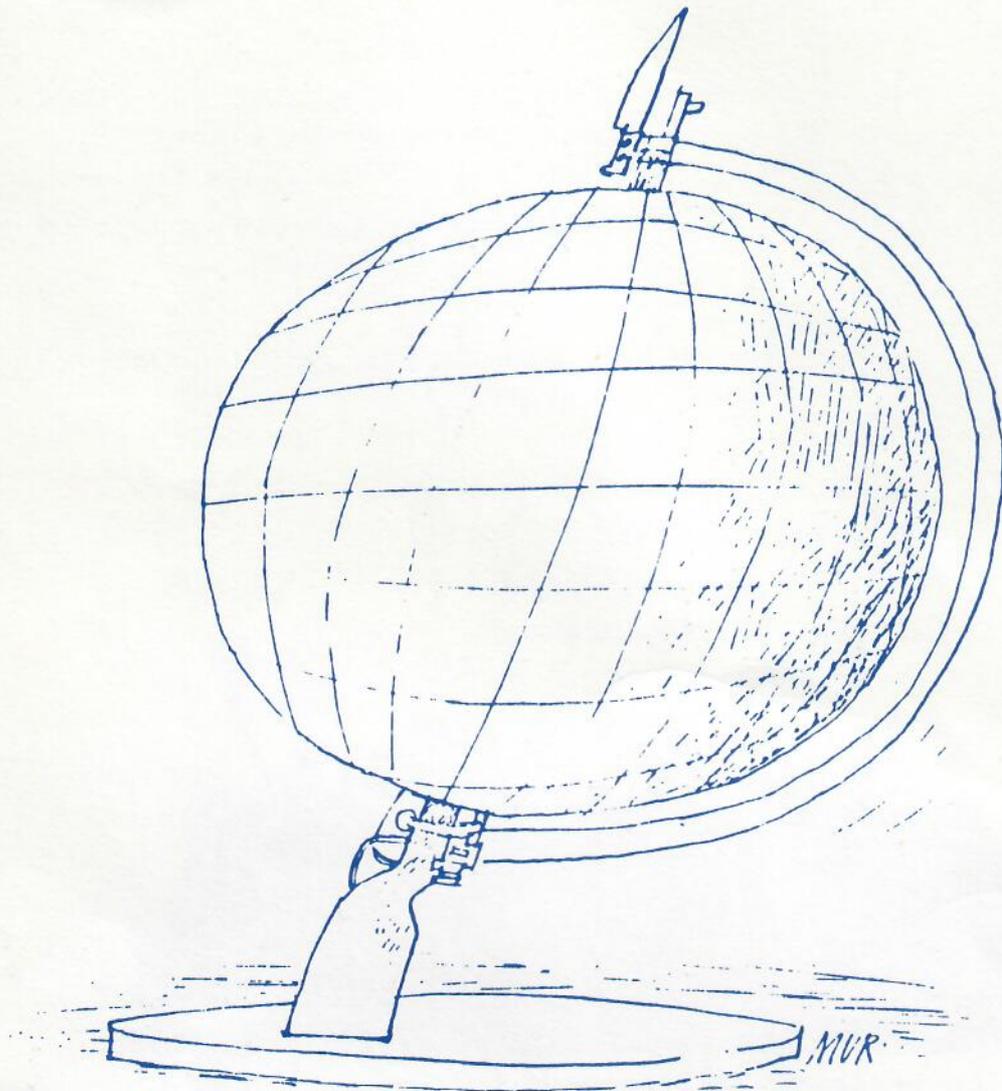


JUNGDEMOKRATEN



FÜR ABRÜSTUNG.



Deutsche Jungdemokraten



Deutsche Jungdemokraten

Herausgeber: Deutsche Jungdemokraten
-Liberaler Jugendverband e.V.
Bundesverband
Reuterstraße 44
5300 Bonn 1
Tel. 02221 / 21 09 52

Redaktion: Berthold Meyer

Druck: Brumm, Bonn-Bad Godesberg

INHALT

Nicht nur zum Lesen... (statt eines Vorwortes)	S. 3
Da schwirrt einem ja der Kopf... (ein Dialog)	S. 5
Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung (der Langener Beschluß der DJD)	S. 8
1. Präambel	S. 8
2. Zur Entwicklung des "Ost-West-Konflikts"	S. 9
3. Die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt	S. 15
4. Rüstung und Herrschaftssicherung	S. 18
5. Die Arbeit der Jungdemokraten für Frieden und Abrüstung	S. 22
Kommentare (von Friedenswissenschaftlern zum Langener Beschluß)	S. 27
Ernst-Otto Czempiel Betrachtungen eines Nicht-Politikers (Auszug)	S. 27
Ulrich Albrecht Militärpolitik und Demokratiekonzeption von Jungdemokraten und Jungsozialisten (Auszug)	S. 29
Neutronenwaffe (Beschluß der DJD-BDK Braunschweig)	S. 31
Hartes Ringen um Kompromisse (Bericht von Berthold Meyer über die Europäische Jugend- und Studentenkonferenz für Abrüstung)	S. 33
Literatur zum Thema	S. 38

INHALT

S. 3	Nicht nur zum Lesen... (siehe auch Vorwort)
S. 5	Da schritt einer ja der Kopf... (ein Dialog)
S. 8	Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung (der Kasseler Beschluss der SPD)
S. 8	1. Präambel
S. 9	2. Zur Entschärfung des "Ost-West-Konflikts"
S. 15	3. Die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt
S. 18	4. Rüstung und Herrschaftssicherung
S. 22	5. Die Arbeit der Jungdemokraten für Frieden und Abrüstung
S. 27	Kommentare von Jungdemokraten zur Entscheidung des Kasseler Beschlusses
S. 27	Erst- und zweit- gelesen
S. 27	Ultralinks

IMPRESSUM

Herausgeber: DEUTSCHE JUNGDEMOKRATEN
 Liberaler Jugendverband e.V.
 Reuterstr. 44
 5300 Bonn

Redaktion und Layout: Berthold Meyer Mai 1978

Die Karikaturen verdanken wir den Büchern: Alles in schönster Ordnung, hrsg. von H. Stapperfenne (Jugenddienst-Verlag 1970) und Pax wo bist du, hrsg. vom Ausschuß für musisch kulturelle Bildung der AGEJD (Burckhardthaus-Verlag 1969)

Nicht nur zum Lesen...

Nobody is perfect - niemand ist vollkommen. Politische Programme sind es auch nicht. Selbst wenn sie sich "Manifest" nennen, haben sie keinen Ewigkeitwert. Sie sind Momentaufnahmen der Willensbildung einer Organisation oder einer Partei. Sie spiegeln die Mehrheitsverhältnisse zum Zeitpunkt ihrer Verabschiedung wider, und sie sind in demokratischen Vereinigungen veränderbar, wenn neues Wissen hinzukommt oder wenn andere Mehrheiten sie zu verändern in der Lage sind.

So hat auch das programmatische Thesenpapier der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten von Langen zur "Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung", das am 12. Juni 1977 dort mit großer Mehrheit angenommen wurde, sicher nur eine begrenzte Geltungsdauer. Aber während dieser Zeit sollte es von den Jungdemokraten aktiv vertreten werden, und zwar von möglichst vielen und nicht nur den paar Profi-Hanseln, die sich berufsmäßig oder von ihrem Studium her oder als Mitglieder im Bundes-AK Friedenssicherung seit Jahren mit den in den Thesen behandelten Fragen beschäftigen.

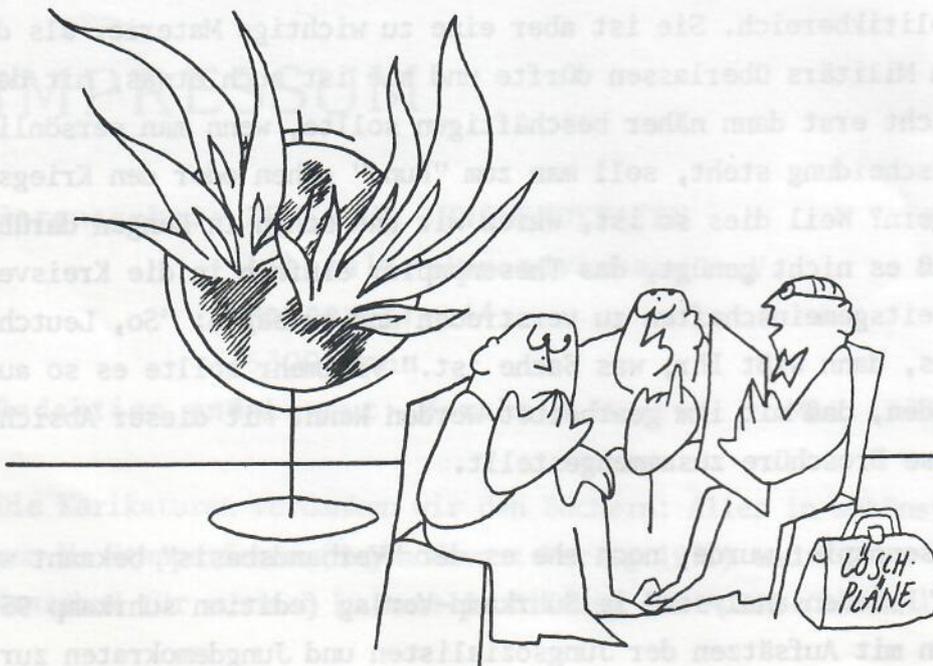
Nun ist Friedenspolitik sicher nicht der am leichtesten zu durchschauende Politikbereich. Sie ist aber eine zu wichtige Materie, als daß man sie den Militärs überlassen dürfte und sie ist auch etwas, mit dem man sich nicht erst dann näher beschäftigen sollte, wenn man persönlich vor der Entscheidung steht, soll man zum "Bund" gehen oder den Kriegsdienst verweigern? Weil dies so ist, waren wir uns schon in Langen darüber einig, daß es nicht genügt, das Thesenpapier einfach in die Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften zu verstreuen und zu sagen: "So, Leutchen, lest das, dann wißt Ihr, was Sache ist." Vielmehr sollte es so aufbereitet werden, daß mit ihm gearbeitet werden kann. Mit dieser Absicht haben wir diese Broschüre zusammengestellt.

Das Thesenpapier wurde, noch ehe es der "Verbandsbasis" bekannt war, in den "Friedensanalysen" im Suhrkamp-Verlag (edition suhrkamp 955) zusammen mit Aufsätzen der Jungsozialisten und Jungdemokraten zur

Friedens- und Sicherheitspolitik veröffentlicht. Der gleiche Band enthält auch schon Reaktionen von Friedenswissenschaftlern zu den Vorstellungen und Vorschlägen der beiden Jugendorganisationen. Zwei von ihnen, die Professoren Ernst-Otto Czempiel und Ulrich Albrecht, würdigen dabei auch - in sehr unterschiedlicher Weise - unseren Beschluß. Um auch innerhalb der Jungdemokraten die Diskussion anzuregen, geben wir hier auch Auszüge aus den Aufsätzen der beiden Professoren wieder.

Erst kurz nach der BDK in Langen wurde bekannt, daß die Amerikaner überlegen, ob sie Neutronenwaffen in Serie herstellen sollen, wie auch, daß diese Waffen vorwiegend in der Bundesrepublik gelagert werden würden. Gegen diese Absichten konnte sich erst die Bundesdelegiertenkonferenz in Braunschweig im Februar 1978 aussprechen. Auch dieser Beschluß wird hier dokumentiert.

Schließlich enthält die Broschüre noch einen ausführlichen Bericht über die gesamteuropäische Jugend- und Studentenkonferenz zu Fragen der Abrüstung, an der vier Jungdemokraten innerhalb einer EFLRY-Delegation Ende Januar 1978 in Budapest teilnahmen.



Da schwirrt einem ja der Kopf...

Hör mal, hast du das schon gesehen? Die Jungdemokraten haben jetzt ein Papier vorgelegt "Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung"...

"Frieden" - das will aber doch jeder, oder?

Könnte man meinen, wenn man sich so umhört. Was meinst du denn, was das ist - Frieden?

Frieden? Ist doch klar, kein Krieg. So wie jetzt bei uns.

Ja, was wir haben, ist kein Krieg - "Nichtkrieg" könnte man auch sagen - aber Frieden ist mehr als kein Krieg. Deshalb brauchen wir Friedenspolitik, eine Politik die konsequent auf Frieden hinarbeitet.

"Brauchen wir" sagst du. Das klingt, als hätten wir sie noch nicht. Aber hat nicht Willy Brandt damals für seine Friedenspolitik den Nobelpreis gekriegt?

Den hat er für seine Bemühungen um Entspannung bekommen. Das waren aber nur erste Ansätze in Richtung Friedenspolitik.

Wenn du meinst, daß Entspannung allein nicht ausreicht, was muß denn dann noch dazu kommen?

Entspannung kann das politische "Klima" verbessern und Kriege unwahrscheinlicher machen. So weit so gut. Aber wenn sie mehr nicht kann, dann ist ja nicht auszuschließen, daß sich das Klima eines Tages wieder so verschlechtert, daß irgendwer meint, nur noch ein Krieg könnte weiterhelfen.

Ja, aber die haben uns in der Schule so einen Film gezeigt. Darin hieß es, um in einem solchen Fall den Frieden zu bewahren, bräuchten wir eine starke Bundeswehr.

Was die meinen, ist Abschreckung durch Verteidigungsbereitschaft und Fähigkeit zur Verteidigung. Sie soll zusammen mit der Entspannungspolitik unserer Bevölkerung Sicherheit bringen. Man hat dafür sogar eine schöne Formel gefunden "Verteidigung + Entspannung = Sicherheit".

Klingt doch ganz vernünftig, findest du nicht?

Solange es gut geht, klingen solche Formeln einleuchtend. Aber sie weisen in die falsche Richtung. Wenn ich jemandem die Hand hinhalte und lasse ihn gleichzeitig sehen, daß ich in der anderen Hand einen Knüppel für ihn bereit habe - wird der meiner offenen Hand vertrauen?

Kaum. Aber hat der andere nicht auch einen Knüppel? Und wenn das stimmt, was immer so in den Nachrichten kommt, dann haben die Russen - um bei deinem Bild zu bleiben - doch den größeren Knüppel als wir.

Ich überseh' gar nicht, daß die Russen bis zum Hals bewaffnet sind. Der Westen ist es jedenfalls auch. Es kann lange darüber gestritten werden, wer von welchen Waffen wie viele hat. Mir ging es bei dem Beispiel mit der offenen Hand und dem Knüppel um die Frage, ob die Richtung stimmt oder ob nicht Wege gefunden werden müssen, die Kriege unmöglich machen.

Ja, gibts denn da überhaupt Wege? Ich mein', wenn alle ihre Panzer und Flugzeuge und die ganzen Klamotten auf den Müll werfen, dann können sie vielleicht keine Kriege mehr führen wie heutzutage in Nahost. Aber dann gehen sie vielleicht wieder mit Äxten und Küchenmessern aufeinander los.

Oder mit 'ner Steinschleuder wie David gegen Goliath bei einem der ersten Nahostkriege. Mit solchen Sprüchen kommen die immer daher, die meinen, Kriege hat es immer gegeben und wird es immer geben, da kann man nichts machen, außer, daß man zusieht, stärker als der andere zu sein... Diese Reden kenn' ich zur Genüge.

Und was sagst du dagegen?

Ich streite gar nicht ab, daß es immer Menschen geben wird, die sich in die Haare geraten und sich vielleicht auch mal gegenseitig den Schädel einschlagen. Menschen sind ja keine Engel. Aber damit läßt sich nicht rechtfertigen, daß weitergerüstet wird und daß Kriege vorbereitet und geführt werden, bei denen Millionen Menschen umkommen, die sich gar nicht kennen, geschweige denn, daß sie etwas gegeneinander hätten.

Das will doch wohl auch heute keiner mehr. Auch die Bundeswehr ist doch gegen den Krieg.

Aber sie meint, den Frieden - oder den Nichtkrieg - nur durch noch mehr Rüstung bewahren zu können. Neue Panzer, neue Fregatten, neue Flugzeuge...

Und du meinst, daß das nicht gut geht?

Das kann noch eine Weile gut gehen. Aber das Wettüsten zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion und ihren Verbündeten hat mittlerweile aberwitzige Formen angenommen. Jeder kann Land und Bevölkerung des anderen in kürzester Frist mehrfach völlig vernichten. Beide wissen, daß ihr eigenes Land und ihre eigene Bevölkerung dann wenige Stunden später auch dahin sind. Und trotzdem schaffen beide immer mehr Massenvernichtungsmittel an.

Aber sie verhandeln doch auch über Abrüstung, denk ich.

Die beiden verhandeln über Rüstungsbegrenzungen bei strategischen Waffen und Trägersystemen.

Und das ist nicht dasselbe wie Abrüstung?

Nein, sie versuchen sich über Höchstgrenzen zu einigen, bis zu denen sie weiter aufrüsten. Das machen sie bei den SALT-Gesprächen und in den SALT-Abkommen. Daneben gibt es in Wien Verhandlungen, bei denen die Supermächte und ihre mitteleuropäischen Partner tatsächlich über Abrüstung und Truppenverminderung reden, bei denen sie aber in den letzten fünf Jahren auch nicht einen Schritt vorangekommen sind.

Rüstungsbegrenzung, Abrüstung, Truppenreduzierung, - Frieden, Entspannung, Sicherheit... da schwirrt einem ja der Kopf. Warum soll ich mich als junger Mensch mit sowas allem belasten?

Bist du schon gemustert?

Nee, ich werd' doch erst im nächsten Jahr achtzehn.

Und gehst du dann zum Bund oder willst du den Kriegsdienst verweigern?

Mhm, ich weiß noch nicht...

Aber irgendwann in nächster Zeit mußt du ja wohl entscheiden, was du tun willst. Und dann geht dich das, was hinter solchen Worten steckt, ganz

persönlich an. Aber nicht nur dann. Auch wenn du dich zum Beispiel fragst, warum dein Kumpel aus der Fußballmannschaft trotz mittlerer Reife keine Lehrstelle gekriegt hat oder warum deine Schwester wie irre aufs Abi büffelt, damit sie einen anständigen Schnitt kriegt und noch einen Studienplatz erwischt. In der Politik hängen viele Fragen enger zusammen, als es den ersten Anschein hat.

Mhm, und du meinst, dieses Papier von den Jungdemokraten, von dem du vorhin sprachst, könnte mir helfen, da durchzusteigen?

Ja - hier, guck selbst. Lies aber auch die Randbemerkungen. Sie fassen entweder schlagwortartig den Text zusammen oder sie erklären weniger geläufige Ausdrücke. Wenn du durch bist, können wir ja noch über die Punkte reden, die unklar sind.

Na schön. Mir ist aber schon jetzt was unklar.

Ja?

Hier, wenn ich mir die Gliederung anschau -

1. Präambel
 2. Zur Entwicklung des "Ost-West-Konflikts"
 3. Die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt
 4. Rüstung und Herrschaftssicherung
 5. Die Arbeit der Jungdemokraten für Frieden und Abrüstung -
- Wieso schreiben die denn vier Kapitel mit was weiß ich wieviel Unterpunkten, bevor sie dazu kommen, über ihre Arbeit zu schreiben?*

Die Präambel oder zu deutsch der Vorspruch setzt die im Papier behandelten Fragen in einen Gesamtzusammenhang und gibt die Zielrichtung des ganzen Papiers an. Das zweite ist eine Darstellung der geschichtlichen Entwicklung jener weltumspannenden Auseinandersetzung, die wir Ost-West-Konflikt nennen...

Warum steht die da, die gibt's doch sicher auch in Geschichtsbüchern?

Geschichtsdarstellungen sind nie absolut wahr, sondern sie entsprechen immer der Sichtweise derer, die sie schreiben. Die Jungdemokraten wollen deshalb mit ihrer Darstellung dort, wo Geschichtsbücher an anderen Interessen als denen einer möglichst umfassenden Friedenssicherung ausgerichtet sind, die Optik entzerren helfen. Und sie wollen da, wo Geschichtsbücher noch nicht auf dem neueren Stand der Friedenswissenschaft sind, Lücken füllen.

Und dazu dient dann auch der Punkt drei?

Ja, während der Punkt vier versucht, die Zusammenhänge von Rüstung und Herrschaft von Menschen über Menschen und die Bedeutung der Rüstung für die Sicherung dieser Herrschaft aufzuzeigen. Aus der Kritik an diesem Ineinanderspielen von Rüstung und Herrschaftssicherung erwächst dann die Aufgabenstellung, die im Punkt fünf als Arbeit der Jungdemokraten für Frieden und Abrüstung dargestellt ist.

O.K. Jetzt bin ich richtig gespannt.

Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung

1. Präambel

1.0 Die Jungdemokraten streben eine internationale Ordnung an, die frei ist von Gewaltanwendung und Gewaltandrohung. Eine dauerhaft gewährleistete Verhinderung kriegerischer Auseinandersetzung ist erste Voraussetzung und wichtigster Bestandteil einer solchen Friedensordnung. Frieden erschöpft sich jedoch nicht in der Abwesenheit von Krieg, auch wenn diese – im Gegensatz zum heutigen internationalen System – dauerhaft gewährleistet wäre. Frieden beinhaltet auch reale Gleichberechtigung und Gerechtigkeit zwischen den Staaten, was jegliche Formen von Unterdrückung, Ausbeutung und Erpressung ausschließt.

1.1 Internationale Beziehungen vollziehen sich nicht losgelöst von der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Nationalstaaten und deren Zusammenschlüssen. Freiheit von Unterdrückung und Ausbeutung, von Zwang, Elend und Not in allen Ländern der Welt begünstigt längerfristig international friedensfördernde Prozesse. Realer Frieden und reale Demokratie beinhalten beide die Aufhebung von Herr- und Knechtschaftsverhältnissen, auf internationaler wie innergesellschaftlicher Ebene.

1.2 Die Hoffnung, Frieden allein durch internationale Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen erreichen zu können, bleibt illusorisch, solange nicht gleichermaßen die innergesellschaftlichen Ursachen der Herrschaftsverhältnisse angegriffen werden. Ebenso werden sich innergesellschaftliche Demokratisierungsstrategien als zu kurz greifend erweisen, wenn sie herrschaftsstabilisierende Mechanismen wie Bedrohungsvorstellungen und äußere und innere Feindfixierungen – die internationale Herrschaftszusammenhänge widerspiegeln – vernachlässigen.

1.3 Für die Arbeit der Jungdemokraten ergibt sich damit ein doppelter Ansatzpunkt: Das Eintreten für innergesellschaftliche Demokratisierung und das Bemühen um internationale Entspannung und Abrüstung sind sich wechselseitig bedingende Elemente einer Friedensstrategie.

Frieden ist mehr als kein Krieg

*keine Unterdrückung,
keine Ausbeutung, keine
Erpressung mehr*

*Innen- und Außenpolitik
sind verschränkt*

*realer Frieden und reale
Demokratie sind untrenn-
bar verbunden*

*Demokratisierung, inter-
nationale Entspannung
und Abrüstung als Ansatz-
punkte jungdemokrati-
scher Strategie*

► Unter Frieden verstehen die Meisten die Abwesenheit von Krieg oder die Zeit zwischen zwei Kriegen. Wir gehen über diesen negativen Friedensbegriff hinaus und sprechen mit J. Galtung vom positiven Frieden, wenn auch strukturelle Gewalt abwesend ist und soziale Gerechtigkeit herrscht. Strukturelle Gewalt meint die Differenz zwischen der tatsächlichen körperlichen und geistigen Verfassung eines Menschen und der zum gleichen Zeitpunkt möglichen Verwirklichung. Die DJD sprechen in ihrem Programm "Vom Zivildienst zum Friedensdienst" (Duisburg 1977) von Frieden als "Formen zwischenmenschlicher Beziehungen auf allen innergesellschaftlichen und internationalen Ebenen, die gekennzeichnet sind durch die weitestgehende Sicherung der Grundbedürfnisse nach Existenz-erhaltung und Existenzentfaltung der Individuen in der Gesellschaft und der menschlichen Gesellschaft insgesamt."

► Demokratisierungsstrategien sind Versuche, Konzepte realer Demokratie gegenüber der vorhandenen formalen Demokratie durchzusetzen. Sie richten sich auf eine möglichst weitgehende Teilhabe aller Bürger an den Staatsangelegenheiten und der jeweils von Entscheidungen Betroffenen an diesen Entscheidungen (Demokratisierung des Betriebs, der Schule, von Jugendhäusern, von Verbänden...). Kontrolle von unten erfordert Transparenz. Gleichzeitig ist der Schutz derjenigen Minderheiten und Randgruppen sicherzustellen, die ihre Belange nur schwerlich selbst vertreten können.

2. Zur Entwicklung des »Ost-West-Konflikts«

2.0 Das internationale Staatensystem ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Konflikten. Der Form nach unterschiedlich, aber in ihrem Ursprung auf wenige Hauptkonflikte zurückzuführen, verlaufen diese Konflikte nebeneinander oder sind miteinander verwoben; teils werden sie offen ausgetragen, teils wirken sie verdeckt über Bedrohungen und Angstreaktionen.

2.1 Ein Hauptkonflikt innerhalb dieses Systems ist die – im allgemeinen Sprachgebrauch als »Ost-West-Konflikt« bezeichnete – Auseinandersetzung zwischen privatkapitalistisch und staatssozialistisch geprägten Gesellschaftsordnungen. Dieser Konflikt war strukturell bereits im Gegensatz von Kapital und Arbeit und den darin begründeten Klassenauseinandersetzungen angelegt. Er bekam seine internationale – auf das Staatensystem bezogene – Ausdehnung, als durch die russische Oktoberrevolution von 1917 erstmals eine staatliche und gesellschaftliche Organisationsform begründet wurde, in der dem Anspruch nach die Herrschaft der Arbeiterklasse nach der Lehre der »Diktatur des Proletariats« verwirklicht wurde. Auch wenn die Sowjetunion in der Folgezeit nach und nach vom Kurs ihrer revolutionären Ziele de facto abkam, blieb sie doch verbal eine sozialistische Übergangsgesellschaft auf dem Weg zum Kommunismus. (Welt)revolutionärer Anspruch einerseits, Bürokratisierung verbunden mit Unterdrückung und Terror als Mittel der Herrschaftssicherung andererseits erleichterten es, in den kapitalistischen Staaten den Antikommunismus als staatstragende Ideologie – auch mit Wirkung auf weite Teile der Arbeiterschaft – zu verfestigen.

2.2 In der Phase der Expansion des Hitler-Faschismus verbündeten sich die von diesem bedrohten Staaten in West und Ost. Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus verlor vorübergehend an Bedeutung. Dieses Bündnis brach allerdings nach der Niederwerfung des NS-Regimes 1945 sehr bald auseinander.

2.3 Die Zeit nach 1945 war zunächst dadurch gekennzeichnet, daß die Vereinigten Staaten als stärkste westliche Macht über das Atomwaffenmonopol verfügten, mit dem sie eine Zeitlang jeden potentiellen Gegner in Schach halten konnten.

wenige Hauptkonflikte

»Ost-West-Konflikt«:
Staatssozialismus gegen
Privatkapitalismus

als internationaler
Konflikt seit 1917

Sowjetunion: Anspruch
und Wirklichkeit

Westen: Antikommunismus
als staatstragende
Ideologie

das antifaschistische
Bündnis überdeckt den
Konflikt nur vorüber-
gehend

nach 1945: zunächst
Atomwaffenmonopol der
USA

Der Begriff »Ost-West-Konflikt« vereinfacht einen sozialökonomischen Gegensatz zu einem geographischen. Wir bezeichnen die beiden einander gegenüberstehenden Gesellschaftsordnungen als privatkapitalistisch und staatssozialistisch. Damit betonen wir, daß nicht nur Privateigentum von Produktionsmitteln kapitalistische Strukturen schafft und aufrecht erhält, wie auch, daß es neben dem sich als »real« bezeichnenden Staatssozialismus von nach dem Vorbild der Sowjetunion handelnden Staatsparteien und Parteistaaten auch andere Formen des Sozialismus geben kann. Die hier vorgenommene begriffliche Trennung bedeutet dann aber auch, daß die Überwindung des Kapitalismus nicht zwangsläufig zum Staatssozialismus führt, wie dies antikapitalistischen Bewegungen gern vorgehalten wird.

Die Kriegskoalition westlich kapitalistischer Staaten mit der Sowjetunion bestand nicht vom Beginn des Zweiten Weltkrieges an, sondern wurde erst durch den deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 eingeleitet. Sie richtete sich gegen die drei Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan und endete, als Japan nach dem Abwurf der amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945 kapituliert.

Als Atomwaffen (Kern- oder Nuklearwaffen) werden Geschosse, Raketen, Bomben, Minen und Torpedos mit Sprengladungen aus Kernspengstoff bezeichnet. Diese Sprengladungen wirken durch Druckwellen, Hitzestrahlung und radioaktive Strahlung. Man unterscheidet A-Waffen, die auf der Spaltung von Uran-235- oder Plutoniumkernen beruhen, und solche, bei denen eine Verschmelzung leichter Atomkerne zu Helium eintritt (Wasserstoff- oder H-Bomben). Die USA verfügten als erste über A-Bomben und brachten 1945 die bisher einzigen zwei zum Einsatz. 1952 erprobte die USA die erste H-Bombe. Die Sowjetunion erprobte 1949 ihre erste A-Bombe, 1953 die erste H-Bombe. Nach diesen Staaten wurden Großbritannien 1952, Frankreich 1960, die VR China 1964 und Indien 1974 Atom-mächte.

trotzdem: Ausdehnung
des sowjetischen Macht-
bereichs bis 1948

die Schutzzone der UdSSR
war mit Churchill ver-
einbart

Ungeachtet dessen gelang es der Sowjetunion, bis 1948 ihren Macht- und Einflußbereich auf eine Reihe osteuropäischer Staaten auszudehnen. Diese Entwicklung wird auch heute noch von erklärten Gegnern der Sowjetunion als Beleg für den Expansionsdrang dieses Staates und die von ihm ausgehende Gefahr angeführt. Dabei wird übersehen, daß diese sowjetische Politik vorher im Kreise der Kriegsalliierten vereinbart worden war. Sowjetisch orientierte osteuropäische Staaten sollten eine Schutzzone für die Sowjetunion gegenüber der Gefahr eines erneuten Erstarkens Deutschlands darstellen. Die Aufteilung Europas in Einflußsphären war ungeachtet der wieder aufbrechenden prinzipiellen Interessengegensätze auf den Konferenzen von Teheran und Jalta vereinbart worden. Diese Grenzziehungen wurden auch von der UdSSR immer beachtet. Von westlicher Seite war allerdings dabei nicht mit einer vollständigen Sowjetisierung der osteuropäischen Staaten gerechnet worden.

USA-Bündnisse, um weite-
re Ausdehnung der UdSSR
zu verhindern

2.4 Vor allem deshalb wurde von den Vereinigten Staaten sehr bald die »roll back«-Strategie eingeleitet, in deren Rahmen rings um die UdSSR Militärbündnisse abgeschlossen wurden, mit deren Hilfe zunächst eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Machtbereichs verhindert werden sollte; durch Drohpolitik sollte darüber hinaus versucht werden, den Kommunismus sowjetischer Prägung aus den einmal eingenommenen Stellungen zurückzudrängen. Dieser Versuch blieb ohne Erfolg. Statt dessen mußten die USA mit ansehen, wie die Sowjetunion auch militärisch wieder erstarkte und zur Atommacht wurde und ebenfalls Trägersysteme für ihre Atomwaffen entwickelte.

die Sowjetunion wird
Atommacht

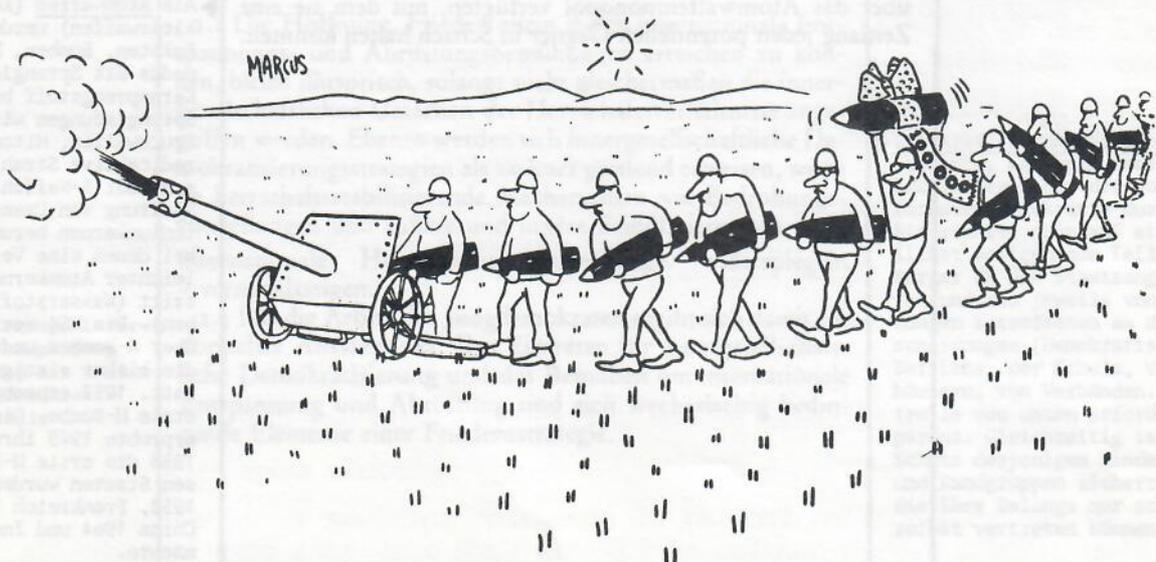
► Unsere Aussage über die Schutzzone für die Sowjetunion widerspricht der gängigen Lehrmeinung. Deshalb möchten wir hier unsere Quelle zitieren:

"In Teheran 1943 hatten sie (die westl. Alliierten) die sowjetische Forderung nach einer sowjetfreundlichen polnischen Nachkriegsregierung anerkannt. 1944 einigten sich Stalin und Churchill informell über künftige Einflußzonen und -anteile auf dem Balkan:

Rumänien:	90 % UdSSR	10 % W-All.
Bulgarien:	75 % "	25 % "
Ungarn:	50 % "	50 % "
Jugoslawien:	50 % "	50 % "
Griechenland:	10 % "	90 % Gr.-brit.

(R.Arons/E.Jahn: Vom Kalten Krieg zur Entspannung, in Bielfeldt ua Frieden in Europa? roro-Aktuell Bd.1686, S. 100)

► "roll back"-Strategie ist ein im amerikanischen Wahlkampf benutztes Schlagwort für eine Politik des "containment", der Eindämmung der Sowjetunion. Hierzu gehört die Truman-Doktrin, die allen Völkern, die sich im Kampf gegen den inneren und äußeren Kommunismus befanden, Hilfe versprach; ebenso das amerikanische Wiederaufbauprogramm für Europa nach dem Marshall-Plan, hinter dem auch die Furcht stand, ein verelendetes Europa könnte leichter der Sowjetunion in die Hände fallen als ein wieder aufblühendes.



das Wettrüsten kommt in Gang; der Vorsprung der USA bleibt

Der hierdurch eingeleitete Kalte Krieg führte – immer unter Wahrung einer quantitativen und technologischen Überlegenheit der USA im atomaren Bereich – zu einem als Rüstungswettlauf erscheinenden Aufrüstungsprozeß.

Er hatte zur Folge, daß die Möglichkeit, den jeweiligen Gegner mit einem ersten oder zweiten Schlag in seinen wichtigsten Zentren oder vollständig zu vernichten, auf eine mehrfache overkill-Kapazität ausgeweitet wurde.

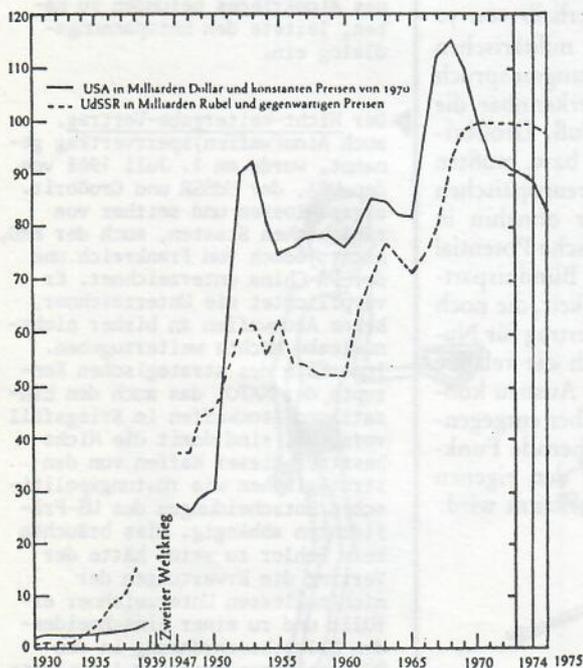
militärisch-industrieller Komplex im Westen

Die westliche Rüstungsentwicklung gewann dabei eine Eigendynamik, die den scheidenden US-Präsidenten Eisenhower dazu veranlaßte, vor einem militärisch-industriellen Komplex zu warnen.

Als "Kalter Krieg" im engeren Sinne bezeichnet man die Phase der Ost-West-Beziehungen von 1947 bis 1962, in der sich USA und UdSSR Gewehr/Atomtomben bei Fuß gegenüberstanden. Beide Supermächte bauten in diesen Jahren ihre Bündnis-Systeme NATO und Warschauer Pakt auf. Zwischen den jeweils einem gegnerischen Block angehörenden beiden deutschen Staaten dauerte der Kalte Krieg allerdings bis zum Ende der 60er Jahre.

Das Wettrüsten zwischen den beiden Supermächten USA und UdSSR hat zur Folge gehabt, daß beide inzwischen über mehr Waffen verfügen, als zur Vernichtung der gesamten Menschheit nötig wären. 1972 kam man bei einer Berechnung der Sprengkraft der Waffen beider Mächte zu dem Ergebnis, daß pro Kopf der Erdbevölkerung 17,5 Tonnen Sprengstoff bereitgehalten werden. Diese Fähigkeit zum vielfachen Tod bezeichnet man als "overkill-Kapazität". Da niemand mehr als einmal vernichtet werden kann, ist es auch für die Abrüstungsdiskussion unerheblich, ob die eine Seite über einen 50- und die andere Seite vielleicht nur über einen 15-fachen overkill verfügt.

Diagramm
Indizes der Militärausgaben in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, 1930 bis 1974 (1970 = 100)



Quelle: SIPRI-Daten

Der militärisch-industrielle Komplex ist seit der Abschiedsrede des amerikanischen Präsidenten Eisenhower 1961, in der er vor unberechtigten Einflüssen eines solchen Komplexes auf die US-Politik warnte, zu einem gängigen Schlagwort in der Rüstungsdebatte geworden. Richtiger wäre eine Bezeichnung wie militärisch-politisch-industriell-wissenschaftlicher ... Komplex, denn das Zusammenwirken bei Rüstungsbeschaffungen beschränkt sich nicht auf Industrievertreter und Militärs. Der Begriff deutet die Eigendynamik von Rüstungsentwicklungen und die Schwierigkeit, diese politisch zu kontrollieren, an. Es muß jedoch dringend davor gewarnt werden, hierin so etwas wie eine Verschwörung zu sehen. John K. Galbraith hat den MIK u.E. zutreffend charakterisiert: "Die Männer, die diese Organisationen verkörpern, pflegen miteinander zu telefonieren, sie treffen sich in Ausschusssitzungen, sie arbeiten gemeinsam in Teams und Sondergremien und sitzen in benachbarten Büros in Washington oder San Diego. Ihre Beschlüsse

entsprechen natürlich ihrer Auffassung von der Welt, den Auffassungen nämlich der Bürokratie, der sie angehören. Das Problem heißt hier nicht Verschwörung und Korruption, sondern unkontrollierte Herrschaft und Macht. Und weil ihre Herrschaft nicht kontrolliert wird, spiegelt sie auch nicht die nationalen Belange wieder, nicht das, was für die Vereinigten Staaten wirklich am besten ist, sondern was Luftwaffe, Heer und Marine, was General Dynamics, North American Rockwell, Grumman Aircraft (das sind Rüstungsunternehmen), Repräsentanten des Außenministeriums, Nachrichtendienste, Mendel Rivers und Richard Russell (Senatoren der Rüstungslobby) gerade für das Beste halten." Ein wesentlicher Grund dafür, daß Geschehnisse innerhalb des Rüstungskomplexes nicht kontrolliert werden, liegt darin, daß über Rüstungsvorhaben der Schleier der Geheimhaltung liegt und maximal die Abgeordneten im Verteidigungs- und im Haushaltsausschuß wissen, wofür Steuergelder bereitgestellt werden.

militärisch-bürokratischer Komplex im Osten

Kuba-Krise 1962: die Wende zur Entspannungsdiplomatie

"Heißer Draht" und Teststopvertrag als Nicht-Rüstungs-Abkommen

ein einziger Abrüstungsvertrag 1971

traditionelle Großmächte verlieren an Einfluß

Bündnispartner der Supermächte werden von ihnen abhängig

beide Supermächte anerkennen die jeweilige Vormachtstellung des anderen in seinem Bündnis

Obwohl unsere Kenntnisse über die innersowjetischen Verhältnisse begrenzt sind, ist davon auszugehen, daß auch dort die Rüstungsdynamik nur zum Teil als Reaktion auf tatsächliche Bedrohungen durch westliche Waffensysteme zu erklären ist, zum anderen Teil aufgrund von innenpolitischen Rücksichtnahmen und der Eigendynamik eines militärisch-bürokratischen Komplexes voranschreitet.

2.5 In ihrer Rüstungs- und Bedrohungsentwicklung gerieten die beiden Supermächte 1962 an den Rand einer atomaren Auseinandersetzung, als die Sowjetunion versuchte, außerhalb ihres bisherigen Machtbereichs in Kuba Raketenstationen zu errichten, und die USA dies als eine unmittelbare Bedrohung ihres eigenen Landes bewerteten. Der Verlauf dieser Krise brachte erste Anzeichen für eine weltpolitische Veränderung in Richtung auf eine Entspannungspolitik. Es gelang eine Einigung über den »Heißer Draht« (1963) zwischen Moskau und Washington, mit dem ein Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Umwelt für Fälle zugespitzter Krisensituationen geleistet werden sollte. Die beiden Supermächte beschlossen außerdem, ihre Kernwaffenversuche in der Atmosphäre einzustellen. Im Zuge dieser Politik, die einen Vorläufer im Antarktis-Vertrag von 1959 hatte, kam es zu mehreren Nicht-Rüstungsabkommen, dem Weltraumvertrag von 1967, dem Abkommen zur Freihaltung Lateinamerikas von nuklearen Waffen, ebenfalls 1967, und zum Meeresboden-Vertrag von 1971. Allerdings gab es im Verlaufe dieser Politik nur einen einzigen Vertrag über Maßnahmen zur Abrüstung, den über das Verbot, biologische (baktereologische) und Toxin-Waffen zu entwickeln, herzustellen und zu lagern und über die Vernichtung der vorhandenen Bestände von 1971.

2.6 In dem Maße, wie sich die USA zur führenden Macht im Westen entwickelten und die Sowjetunion innerhalb von 50 Jahren vom Agrarstaat zur ernstzunehmenden militärischen und industriellen Supermacht, die ihren Führungsanspruch in Osteuropa ausbauen konnte, verloren unverkennbar die anderen traditionellen Großmächte ihren Einfluß. Großbritannien und Frankreich verloren ihre Kolonien bzw. mußten Auflösungserscheinungen innerhalb ihrer außereuropäischen Einflußbereiche hinnehmen. Deutschland war ohnehin in zwei mittelgroße Staaten aufgeteilt. Das militärische Potential der beiden Supermächte brachte ihre jeweiligen Bündnispartner in militär- und rüstungspolitische Abhängigkeit, die noch verstärkt wurde durch den Nicht-Weitergabe-Vertrag für Nuklearwaffen von 1968. Dieser Vertrag wie auch die relative Gelassenheit, die die beiden Supermächte dem Ausbau konventioneller Rüstungen ihres jeweiligen Gegenüber entgegenbringen, sprechen dafür, daß die herrschaftssichernde Funktion von erheblichen Teilen der Rüstung für den eigenen Machtbereich inzwischen von beiden Seiten anerkannt wird.

Der militärisch-bürokratische Komplex ist das sowjetische Gegenstück zum amerikanischen MIK. Über ihn sind wir nicht so gut informiert. Klar ist, daß auf sowjetischer Seite keine privaten Kapitalverwertungsinteressen bei der Rüstungsproduktion mitschwingen. Klar ist jedoch auch, daß in der UdSSR Produktionsziffern Prestigefragen sind, deren Steigerungen das Ansehen der Industrie- und Ministerialbürokraten steigern; wie auch, daß neue Beschaffungen das Gewicht der hohen Offiziere steigern, die über diese Geräte gebieten dürfen. Insofern herrscht auch in der UdSSR eine Interessengemeinschaft von Militärs und Industriebürokratie.

Die nahe den USA gelegene größte Antilleninsel Kuba wurde bis 1959 von einer von den USA unterstützten Diktatur beherrscht. Nach einem erfolgreichen Guerillakrieg konnte Anfang 1959 Fidel Castro Havanna einnehmen und eine von der Sowjetunion unterstützte sozialistische Republik ausrufen. Die mißglückte Landung von Exilkubanern im April 1961, die vom US-Geheimdienst unterstützt worden war, beschleunigte die Annäherung Kubas an die UdSSR. Als diese im Herbst 1962 damit begann, auf der Insel Mittelstreckenraketen und Abschußrampen zu installieren, kam es im Oktober 1962 zur Kubakrise. Kennedy verlangte den Abbau und Rückzug aller sowjetischen Raketen und Abschußbasen und verhängte eine Seeblockade. Nach 8 Tagen erreichte er das Einlenken Chruschtschows. Die beiderseitige Erkenntnis, sich am Abgrund eines Atomkrieges befunden zu haben, leitete den Entspannungsdialo ein.

Der Nicht-Weitergabe-Vertrag, auch Atom(waffen)sperrevertrag genannt, wurde am 1. Juli 1968 von den USA, der UdSSR und Großbrit. abgeschlossen und seither von zahlreichen Staaten, auch der BRD, nicht jedoch von Frankreich und der VR China unterzeichnet. Er verpflichtet die Unterzeichner, keine Atomwaffen an bisher nichtnukleare Mächte weiterzugeben. Innerhalb des strategischen Konzepts der NATO, das auch den Einsatz von Atomwaffen im Kriegsfall vorsieht, sind damit die Nichtbesitzer dieser Waffen von den strategischen wie rüstungspolitischen Entscheidungen des US-Präsidenten abhängig. Dies bräuchte kein Fehler zu sein, hätte der Vertrag die Erwartungen der nichtnuklearen Unterzeichner erfüllt und zu einer einschneidenden Selbstbeschränkung in den Rüstungsprogrammen der Atommächte geführt.

**"Stellvertreterkriege"
in der Dritten Welt**

geregeltes Nebeneinander
auf der nördlichen Halb-
kugel

Rüstungskontrollverhand-
lungen hindern nicht das
weitere Wettrüsten

Skepsis gegenüber SALT,
KSZE und MBFR

Entspannung und Wirt-
schaftsinteressen

2.8 Trotz dieses Wettlaufs um Positionen in den Bereichen der Welt, die durch den Rückzug der ehemaligen Kolonialmächte »herrenlos« geworden waren, und trotz der dort meist in der Form der »Stellvertreterkriege« verlaufenden massiven Konflikte haben die beiden Supermächte in der nördlichen Hemisphäre zu Formen des Miteinanders auskommens gefunden, die einer wechselseitigen Respektierung des Grenzverlaufs der Blöcke gleichkommen.

Dies hindert sie jedoch nicht, gleichzeitig miteinander Rüstungskontrollverhandlungen zu führen und dabei ihre qualitative Rüstung voranzutreiben. So kam SALT I zustande, und so dürfte eines Tages auch SALT II unterzeichnet werden. So wurde die Schlußakte der KSZE mit ihren Vereinbarungen zur Schaffung vertrauensbildender Maßnahmen möglich, und so wird wohl auch in irgendeiner Form ein Abkommen über eine teilweise Reduzierung von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa verabschiedet werden können. Nur ist nicht zu erwarten, daß alle diese Maßnahmen das derzeitige Rüstungsniveau tatsächlich senken.

2.9 Die derzeitige Entspannungspolitik wird begünstigt durch die wirtschaftspolitische Situation. Die Sowjetunion ist daran interessiert, ihren Weg zum modernen Industriestaat mit westlichem know how zu beschleunigen. Darüber hinaus ist sie immer wieder abhängig von westlichen Nahrungsmittelimporten. Die westlichen Staaten – hierbei vor allem die westeuropäischen Verbündeten der USA – sind stark exportabhängig und bedürfen insofern auch der osteuropäischen Märkte. Diese wechselseitigen Interessenverbindungen haben seit den 60er Jahren in zunehmendem Maße zur Kooperation in wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Gebieten geführt.

Als "Stellvertreterkriege" werden solche Kriege bezeichnet, bei denen die beiden Supermächte jeweils eine oder mehrere der Konfliktparteien direkt oder indirekt (mit Waffenlieferungen oder Militärberatern u.ä.) unterstützen, jedoch nicht selbst offiziell als kriegsführende Mächte auftreten. Beispiele hierfür sind der Vietnamkrieg, und in jüngster Zeit die Auseinandersetzungen am Horn von Afrika.

Rüstungskontrollverhandlungen sind Bemühungen, den Rüstungswettlauf zu drosseln. Zwischen den USA und der UdSSR wurde als erstes Ergebnis solcher Verhandlungen 1963 der Atomteststoppvertrag geschlossen, der Atomtests in der Atmosphäre untersagt. Dieser Vertrag wie auch die Abkommen, die großenteils in 2.5 des Beschlußpapiers genannt sind, setzen jedoch keine Schlußstriche unter Rüstungsentwicklungen, sondern dienen nur der Steuerung der Weiterentwicklung.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) tagte von 1973 bis 1975 in Helsinki, Genf und wieder in Helsinki. Die am 1. August 1975 von den 35 Teilnehmerstaaten unterzeichnete Schlußakte ist eines der wichtigsten Dokumente der Entspannungspolitik, auch wenn es nicht den Charakter eines völkerrechtlichen Vertrages hat.

SALT I ist ein 1972 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossener Vertrag zur Begrenzung der nuklear-strategischen Rüstung. Beide Staaten kamen überein, ihre Raketenabwehrsysteme (ABM) zu begrenzen, jedoch nicht, die schon vorhandenen Systeme abzubauen. Außerdem wurde in einem Interims-Abkommen beschlossen, die Zahl der Interkontinentalraketen zu begrenzen. Es gibt jedoch keine Vereinbarung, die eine Modernisierung der vorhandenen Raketen und ihre Bestückung mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) verbietet. - Hauptstreitpunkt sowohl in den Verhandlungen über SALT I wie auch in denen über SALT II ist die Frage, von welcher Größenordnung Sprengköpfe nicht mehr als taktisch, sondern als strategisch anzusehen sind, und welche Raketen taktische und welche strategische Reichweiten haben. Eine grobe Unterteilung rechnet Atomsprengköpfe bis zur Größe von 1 Megatonne zu den taktischen und Raketen bis zu einer Reichweite von 400 Meilen ebenso.

Ein Abkommen über eine teilweise Reduzierung von Streitkräften und Waffen in Mitteleuropa zu vereinbaren ist das Ziel einer seit 1973 in Wien tagenden Konferenz, über deren Namen schon keine Einigkeit zwischen den westlichen und den östlichen Partnern erzielt werden konnte. Während der Westen MBFR (Mutual Balanced Force Reductions) wollte, lehnte der Osten den Begriff "Balanced" (ausgewogene) ab. Betroffen von möglichen Vereinbarungen sind auf westlicher Seite die Beneluxstaaten und die BRD, auf östlicher Seite die DDR, die VR Polen und die CSSR. Auch ist nur die Landmasse dieser Länder und nicht etwa ihr Anteil an der Ostsee von diesen Vereinbarungen berührt.



3. Die Bundesrepublik im Ost-West-Konflikt

mittlere Mächte können nur begrenzt selbständig Außenpolitik betreiben

nach dem 2. Weltkrieg zwei mittlere Mächte in Deutschland

Bundesrepublik wollte Reichsgrenzen von 1937 wiederherstellen

konnte als westdeutsches Expansionsstreben ausgelegt werden

kein Interesse der Großmächte an einer Wiedervereinigung

Entscheidung für den Westen bedeutete Festigung der Teilung

Interessengleichheit zwischen Westalliierten und bürgerlichen Kreisen in Westdeutschland

Beleg: der vehemente Antikommunismus seit den 50er Jahren

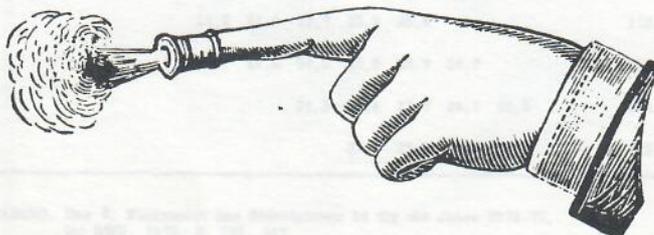
3.0 Die Außenpolitik eines Landes ist heute mehr denn je abhängig von internationalen Entwicklungen, z. T. sogar von innenpolitischen Entwicklungen in anderen Ländern. Dies gilt insbesondere für solche Staaten, die weder politisch noch militärisch, noch wirtschaftlich einer der beiden Supermächte als ebenbürtige Partner oder Kontrahenten entgegentreten können. In einer solchen Stellung befinden sich die beiden deutschen Staaten seit ihrer Gründung 1949. Während jedoch die DDR aufgrund der vielfältigen Verträge von vornherein in den Hegemonialbereich der Sowjetunion eingebunden war und von daher wie auch von ihrem Selbstverständnis als einer neu beginnenden gesellschaftlichen und staatlichen Einheit sich als ein mittlerer Staat, der sich zu bewähren hat, empfinden konnte, gab es innerhalb der politischen Entwicklung der Bundesrepublik Brüche, die gerade den außenpolitischen Selbstfindungsprozeß erschwerten.

3.1 Die Bundesrepublik erklärte sich zum alleinigen Nachfolger des Deutschen Reiches. Indem sie dabei auch Anspruch auf jene Gebiete erhob, die infolge des verlorenen Kriegs an Polen und die Sowjetunion gefallen waren, wie auch stets die Wiedervereinigung mit dem Gebiet der DDR forderte, blieben in der Bevölkerung Sehnsüchte nach dem Großmachtstatus erhalten, wurde es künstlich erschwert, eine bundesdeutsche Staatsidentität zu entwickeln und wurde im Ausland der Eindruck eines westdeutschen Expansionsstrebens vermittelt.

3.2 Ungeachtet der umstrittenen These, daß Adenauer die Wiedervereinigung überhaupt nicht gewollt habe, und abgesehen vom fehlenden Interesse der Siegermächte am erneuten Aufleben einer deutschen Großmacht, kann festgestellt werden, daß die politische, militärische und wirtschaftliche Westintegration der Bundesrepublik die Möglichkeit zur Wiedervereinigung abgeschnitten hat. Die Entscheidung für den Westen hat außerdem dazu beigetragen, die Grenze zwischen den beiden Militär- und Wirtschaftssystemen in Europa zu festigen.

3.3 Auch wenn die Bundesrepublik ihre Entscheidung zugunsten des westlichen kapitalistischen Systems nicht ohne Einflußnahmen der Westalliierten getroffen hat (sowohl Großbritannien als auch die USA sahen in der Vereinigung ihrer Besatzungszonen wie auch in der durch den Marshallplan erfolgten Restaurierung schon sehr früh einen geeigneten Riegel zur Eindämmung des vermuteten weiteren Expansionsdrangs der Sowjetunion), so spielten hierbei doch die bürgerlichen Kräfte innerhalb der Bundesrepublik eine ihren Interessen entsprechende Rolle. Dies zeigt sich u. a. an der Vehemenz, mit der politisch wie juristisch schon bald nach Gründung der Bundesrepublik gegen Kommunisten vorgegangen wurde.

Die Entscheidung der Bundesrepublik für den Westen besteht aus einer Folge von Einzelentscheidungen, die nicht zwangsläufig in dieser Weise erfolgen mußte. Die erste Entscheidung, die Restaurierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse in den drei Westzonen erfolgte schon vor Gründung des westdeutschen Staates. An ihr waren die Alliierten, vor allem die USA massiv beteiligt. Der 1955 vollzogene Eintritt der BRD in die NATO wäre nicht unumgänglich gewesen. Am 10. März 1952 hatte die UdSSR den Entwurf eines Friedensvertrages unterbreitet, der den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland vorsah, der jedoch auch die Neutralität des wiedervereinigten Deutschlands enthielt. Die Westmächte, aber auch die BRD lehnten diesen Vertragsentwurf ab. Statt dessen wurden die Pläne zur Wiederaufrüstung nach und nach verwirklicht.



Wiederaufrüstung

die BRD im Kalten Krieg

Ende der 60er Jahre:
Gefahr der außenpolitischen
Isolierung

realistische Ostpolitik
der sozialliberalen Koalition
gegen den Widerstand
der CDU/CSU

Entspannungspolitik ver-
besserte Beziehungen
zwischen Ost und West

militärische Entspannung
muß folgen: Abrüstung

3.4 Indem die Bundesrepublik nicht nur Mitte der 50er Jahre damit begann, aufzurüsten, und auf diese Weise zur Verschärfung des »Ost-West-Konflikts« beitrug, sondern indem auch am »Tag der deutschen Einheit« und bei allen möglichen weiteren Gelegenheiten der Gedanke der Wiedervereinigung beschworen wurde,

indem Landsmannschaften und Vertriebenenverbände nicht nur das Brauchtum ihrer alten Heimat pflegten, sondern massiv in die Politik eingriffen, um ein über Generationen von in der Fremde Geborenen hinwegreichendes Recht auf Heimat durchzusetzen,

und indem mit Hilfe der »Hallstein-Doktrin« versucht wurde, Drittländer daran zu hindern, die DDR als zweiten deutschen Staat anzuerkennen,

koppelte sich die Bundesrepublik von der weltpolitischen Entwicklung ab und wurde nach dem Einsetzen der Entspannungspolitik der USA, Frankreichs und anderer Länder zu einer Art »Störenfried« innerhalb des westlichen Lagers.

3.5 Die dieser Entwicklung innewohnende Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik wurde von den Parteien des Deutschen Bundestages unterschiedlich beurteilt. Die F.D.P. hatte dies schon früher als die anderen Parteien erkannt und dieser Tendenz durch vertragliche Vereinbarungen mit der DDR entgegenwirken wollen. Doch war während ihrer Koalition mit der CDU/CSU bis 1966 maximal eine »Politik der kleinen Schritte« möglich gewesen. Weitere Ansätze zur Überwindung der starren Konfrontation wurden während der Koalition von CDU/CSU und SPD vom Außenminister Brandt formuliert, ohne jedoch in dieser Zeit praktisch relevant zu werden. Erst unter der sozial-liberalen Koalition ab 1969 gelang es der Bundesregierung, die neue Ostpolitik zu praktizieren und vor allem in Verträgen mit der Sowjetunion, mit Polen und der CSSR sowie im Grundlagenvertrag mit der DDR den Verzicht auf Gewalt und die Anerkennung aller Grenzen in Europa zu vereinbaren. Damit war es der Bundesrepublik als letztem westlichen Staat gelungen, außenpolitisch den Weg zur Entspannung zu finden, freilich auch dies noch unter massivstem Beschuß durch die CDU/CSU-Opposition.

3.6 Die Verbesserungen, die diese Politik brachte, sollen nicht unterschätzt werden. Die mit den Ostverträgen dokumentierte Bereitschaft zur Entspannung war eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen der KSZE und brachte auch Vorteile für die Begegnung von Menschen wie vor allem für den Austausch von Waren und technischem Wissen zwischen Ländern unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Eines jedoch brachte diese Politik offensichtlich nicht, die Entspannung im militärischen Bereich, die Abrüstung.

Die »Hallstein-Doktrin«, benannt nach dem CDU-Politiker W. Hallstein, jedoch nicht von ihm »erfunden«, wurde 1955 entwickelt. Mit ihr erhob die BRD den Anspruch, alleiniger Nachfolger des Deutschen Reiches zu sein und allein Deutschland nach außen zu vertreten. Drittländer, die versuchten, mit der DDR diplomatische Beziehungen aufzunehmen, wurden mit dem Abbruch der Beziehungen zur BRD bestraft. Erst unter der Großen Koalition wurde diese Doktrin langsam aufgeweicht.

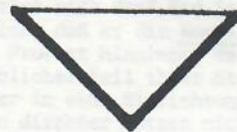
Die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition ab 1969 diente der Normalisierung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der DDR. Wichtige Daten dieser Politik sind:
Moskauer Vertrag vom 12.8.1970
Warschauer Vertrag vom 7.12.1970
Viermächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
Transitvertrag mit der DDR vom 17.12.1971
Grundlagenvertrag mit der DDR vom 21.12.1972
Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen mit der CSSR vom 19.7.1974 (Dat. d. Inkrafttretens)



"Verteidigung + Entspannung = Sicherheit":
eingängig aber widersinnig

3.7 Vielmehr stieg parallel zur Entspannungspolitik der Aufwand für Rüstung in der Bundesrepublik – aber nicht nur hier – beachtlich. Seine Zunahme wurde mit der eingängigen – jedoch nichtsdestoweniger unsinnigen – Formel »Verteidigung + Entspannung = Sicherheit« zu begründen versucht. Mit dieser ideologischen Festschreibung wurde dem Anspruch der »Neuen Ostpolitik«, Friedenspolitik zu sein, die Glaubwürdigkeit genommen.

Entwicklung der Rüstungsausgaben in der Bundesrepublik:
(s. Tabellen 2 und 3)



Tab. 2: Militärausgaben in der BRD nach NATO-Kriterien (ohne Berlin-Hilfe); Anteil am Bundeshaushalt und am Öffentlichen Gesamthaushalt 1950-1972 (Laufende Preise, Mio.DM)

Jahr	Militärausgaben nach NATO-Krit.	In % des Bundeshaushaltes	In % des Öffentlichen Gesamthaushaltes
	(1)	(2)	(3)
1950	3 498	28%	-
1951	7 098	38%	19,2%
1952	7 898	39%	19,4%
1953	6 195	31%	14,2%
1954	6 287	30%	13,3%
1955	7 383	33%	14,5%
1956	7 211	26%	12,1%
1957	8 962	28%	14,1%
1958	6 853	20%	9,7%
1959	11 087	30%	14,6%
1960	12 115	40%	Rumpfrechnungsjahr
1961	13 175	29%	13,8%
1962	17 232	35%	16,3%
1963	19 924	36%	17,2%
1964	19 553	34%	15,3%
1965	19 915	31%	14,2%
1966	20 254	30%	13,8%
1967	21 408	29%	13,9%
1968	19 310	26%	12,2%
1969	21 577	26%	12,4%
1970	22 573	26%	11,5%
1971	25 450	26%	11,5%
1972	28 720	26%	11,4%
1973	31 597(Soll)	26%	11,2%
1974	ca.32,3 (Soll)	-	-

Quellen:

- Spalte 1: Bis 1970: SIPRI Yearbook 1972, S. 84f.; 1971-1973: Weißbuch 1973/74, S. 218; 1974: berechnet aus wib 11/1974 (für Militärruhegehälter 2,0 Mrd.DM geschätzt)
- Spalte 2: Berechnet aus Spalte 1 und Finanzbericht 1974, S.183 BMWF (Hrsg.), Leistung in Zahlen '70, S. 130; dass., Leistung in Zahlen '71, S. 108, 111.
- Spalte 3: Berechnet aus Spalte 1, BMWF (Hrsg.), Leistung in Zahlen '70, S. 130; dass. (Hrsg.), Leistung in Zahlen '71, S. 108, 111; Finanzbericht 1974, S. 32.

Tab. 3: Einzelplan 14 (Verteidigungsetat), 1.-7. Finanzplan (in Mrd.DM)

Plan/Jahre	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	5-Jahres-Summe
Finanzbericht 1966	19,0	19,8	20,7	21,5	22,3							103,3
1. Finanzplan 1967-1971	19,7	18,2	18,9	19,7	20,3							96,9
2. Finanzplan 1968-1972		18,1	18,8	19,8	20,4	21,1						98,2
3. Finanzplan 1969-1973			18,4	20,3	21,1	21,8	22,1					103,7
4. Finanzplan 1970-1974				19,2	21,9	22,7	23,0	23,8				110,6
5. Finanzplan 1971-1975					21,8	24,2	25,0	25,7	26,7			123,4
6. Finanzplan 1972-1976						24,5	26,4	27,7	28,7	29,5		136,8
7. Finanzplan 1973-1977							27,1	27,6	27,7	28,7	29,5	142,4

Quelle: G.RIMARSKI, Der 7. Finanzplan des Einzelplanes 14 für die Jahre 1973-77, in: BWV, 1973, S. 245, 247

Tab. 2 zeigt in Spalte 1 die zahlenmäßige Entwicklung der Militärausgaben nach NATO-Kriterien, jedoch ohne Berlin-Hilfe in den Jahren von 1950 bis 1974, wobei die beiden letzten Jahre Planzahlen und keine Ist-Ausgaben sind.

Das Weißbuch 1975/76 der Bundesregierung nennt demgegenüber für die Jahre 1970 bis 1976 nach NATO-Kriterien einschließlich Berlinausgaben folgende Zahlen:

1970	25,8 Mrd.	= 29,3 %
1971	30,3	= 30,8
1972	34,6	= 31,3
1973	38,4	= 31,5
1974	43,0	= 32,3
1975	46,2	= 28,6
1976	47,6	= 28,3

(hierbei beruhen die Zahlen für 1975/76 auf Schätzungen. Insofern ist der prozentuale Rückgang in % des Bundeshaushaltes eher auf das Wunschenken der Weißbuchautoren als auf die Realität zurückzuführen.) Wie sehr die Plandaten immer wieder nach oben hin berichtet werden mußten, zeigt der Vergleich der Finanzpläne für den Einzelplan 14 (Verteidigungsetat) des Bundeshaushalts in Tab. 3.

4. Rüstung und Herrschaftssicherung

4.0 Die derzeitige sicherheitspolitische Strategie der NATO (die Strategie der »flexible response«) – und mit unterschiedlichen Ausprägungen auch die Strategie des Warschauer Pakts – will das Ziel der Kriegsverhinderung dadurch erreichen, daß dem potentiellen Gegner die Möglichkeit aggressiven Verhaltens dadurch verbaut wird, daß auf jeder möglichen Stufe der Eskalation die Kapazität für einen abgestuften, angemessenen Gegenschlag vorhanden ist. Diese Abschreckungsstrategie verlangt die ständige Vervollkommnung der Waffensysteme, um einerseits mögliche Lücken im Spektrum der Gewalt zu schließen und andererseits durch die Entwicklung neuer, technisch perfektionierter und schlagkräftiger Waffensysteme der Gefahr einer technologischen Lücke vorzubeugen.

Abschreckung ist Zwang zur Aufrüstung

Abschreckung orientiert sich nicht an politischen Absichten, sondern militärischen Möglichkeiten des Gegners

Abschreckung verliert die Wahrnehmungsfähigkeit für Richtungsveränderungen

4.1 Eine solche Abschreckungs- und Drohstrategie mündet aber in eine Politik, die ständig mit dem Schlimmstmöglichen und nicht mit dem Wahrscheinlichen rechnet, die mehr Konfliktmöglichkeiten wahrnimmt als wahrscheinlich sind und die hierauf in ihren Planungen übermäßig reagiert. Indem die ständige Reproduktion der Rüstungen auf immer höherer Stufe zwingend erforderlich wird, gehorcht der Wettlauf der Waffensysteme weit mehr der Eigendynamik der jeweiligen Rüstungskomplexe, als daß er ein Wettlauf im Sinne von Aktion und Reaktion, zwischen NATO und Warschauer Pakt wäre.

4.2 Die Auffächerung von Drohungen, die dafür sorgen soll, daß der jeweilige Gegner seine – ihm unterstellten – aggressiven Absichten nicht wahrmacht, verhindert nun aber auch, daß dieser Gegner seine möglicherweise nicht-aggressiven Absichten unter Beweis stellen kann. Eine Erfolgskontrolle der Abschreckungsstrategie ist also nicht möglich; die Frage, ob die Abschreckungsstrategie funktioniert habe, oder ob der Warschauer Pakt schlicht keine aggressiven Absichten hatte oder hat, ist nicht beantwortbar.

Über die Militärstrategie der NATO heißt es im Weißbuch 1975/76 der Bundesregierung:

"36. Die Allianz hat dreierlei militärische Reaktionen vorbereitet, die je nach Lage nacheinander oder gleichzeitig möglich sind. Erstens: Die Direktverteidigung soll dem Aggressor verwehren, sein Ziel zu erreichen, und zwar auf der Stufe eines militärischen Konfliktes, den der Angreifer gewählt hat...

Zweitens: Die Vorbedachte Eskalation soll einen Angriff dadurch abwehren, daß die Qualität des Abwehrkampfes durch den Einsatz nuklearer Waffen gesteigert und der Konflikt räumlich ausgedehnt wird. Drittens: Die Allgemeine Nukleare Reaktion richtet sich vor allem gegen das strategische Potential des Angreifers und bedeutet den Einsatz der nuklear-strategischen Waffen der Allianz...

37. Die drei Reaktionsformen sind Mittel der NATO-Strategie Flexible Response, einer angemessenen Reaktion. Für den Angreifer dürfen Art, Ausmaß und Zeitpunkt der jeweiligen Reaktionsform nicht kalkulierbar sein. Er muß mit einer Konfliktausweitung und -verschärfung rechnen, deren Risiken für ihn nicht abschätzbar sind." Diese drei Reaktionsformen werden auch Triade genannt.

Strategisches Denken folgt – die Weißbuchzitate zeigen dies – einer eigenen Logik. Es nimmt die eigene Rationalität zum Maßstab der Rationalität des potentiellen Gegners. Dabei bleibt es zwangsläufig innerhalb der Logik von Zwei-Personen-Nullsummen-Spielen verhaftet, in der eine Umkehr der Rüstungsspirale logisch nicht möglich ist. Der individuellen Rationalität muß deshalb eine kollektive Rationalität gegenübergestellt werden (A. Rapoport), um aus dem Teufelskreis ausbrechen zu können. Hierfür bedarf es der erst gemeinten Kommunikation zwischen den Gegenspielern, aber auch des Wissens beider Seiten, daß sie diese Kommunikation ernst meinen und nicht bluffen.



Abschreckung muß in der eigenen Bevölkerung abgesichert werden, sie braucht Feindbilder

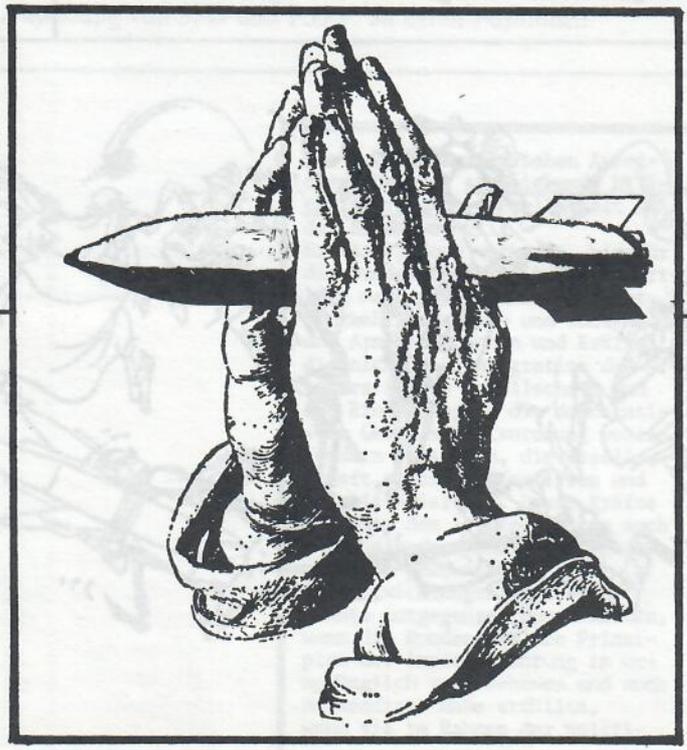
der undifferenzierte Antikommunismus ist ein solches Feindbild

es wird z.T. durch traumatische Erfahrungen mit Sowjetregierungen gestützt

4.3 Eine solche Politik aber, die nicht mehr an wahrscheinlichen oder voraussehbaren Aggressionsabsichten des »Feindes« orientiert ist, muß in irgendeiner Weise gegenüber der eigenen Bevölkerung vertreten und legitimiert werden. Dies erscheint nur dann möglich, wenn diffuse Feindbilder von »dem aggressiven Kommunismus« und ähnlichem vorhanden sind. Abschreckungspolitik muß also, sollen auch ihre finanziellen, sozialen und psychischen Kosten als notwendig erscheinen, einhergehen mit dem Aufbau und der Aufrechterhaltung von Feindbildern, die diese Strategie legitimieren.

4.4 Die Ära des McCarthyismus in den Vereinigten Staaten, auch der undifferenzierte Antikommunismus in der Bundesrepublik in den 50er Jahren sind Belege für die Existenz derartiger Feindbilder, die nicht nur eine sicherheitspolitische Strategie legitimieren, sondern zugleich eine ganze Gesellschaft infizieren. Wenngleich z. B. in der Bundesrepublik im Laufe der 60er Jahre sich diese Feindbilder abschwächten, so zeigte sich doch seit Anfang der 70er Jahre, wie leicht eine Wiederbelebung möglich ist.

4.5 Jedoch sind auch derartige Feindbilder nicht einfach aus einem pauschalen Manipulationszusammenhang heraus zu erklären: Ein Teil der bundesrepublikanischen Bevölkerung lebt mit z. T. traumatisierten Erfahrungen aus dem 2. Weltkrieg, aus Vertreibung oder Flucht; dabei wurde aber vielfach verdrängt, daß die Verbrechen des Dritten Reiches – vor allem an den Völkern Osteuropas – ursächlich für diese Erfahrungen waren. Auch die Niederwerfung der Aufstände am 17. Juni und in Ungarn sowie die Intervention der Warschauer-Pakt-Truppen in der CSSR – Ereignisse, die sicherlich belegen, daß die Sowjetunion zur Absicherung ihres Herrschaftsbereichs auch zum Mittel militärischer Intervention zu greifen bereit ist, die aber nicht als Expansionsstreben gewertet werden können – trugen dazu bei, den Antikommunismus als zentrale Legitimationsideologie und als Mittel zur Diffamierung jeglicher linker Gesellschaftskritik zu erhalten.



Freundschaft gegenüber den westlichen Nachbarn, Entspannungspolitik gegenüber dem Osten und dennoch steigende Kosten für die Bundeswehr (s. Tabelle 2), wie verträgt sich das? Wie ist es möglich, daß es die Bevölkerung ohne Protest hinnimmt, daß ein erheblicher Teil ihrer Steuergelder in eine Einrichtung fließt, deren direkter Nutzen nicht spürbar ist? Und wie wird dies von Jahr zu Jahr aufs neue sichergestellt?

Reicht es dazu aus, daß Militärs, zB Jugendoffiziere, Zweifel damit zu zerstreuen versuchen, daß sie sagen, man dürfe den potentiellen Gegner nicht an seiner aktuellen Politik und an dem augenblicklich nicht vorhandenen Angriffswillen messen, sondern müsse sein Militärpotential, also seine Divisionen, Panzer, Flugzeuge usw. in Rechnung stellen und deshalb mindestens ein Gleichgewicht schaffen?

Solch eine Begründung ist abstrakt nicht zu vermitteln. Sie kann nur dann plausibel gemacht werden, wenn der Gegner irgendwie mit Namen benannt wird.

Da man die offizielle sowjetische Politik seit einigen Jahren aber nur schlecht dafür heranziehen kann – auch wenn man gern ihre Rüstungsanstrengungen beschreibt – greift man auf alte antikommunistische Worthülsen zurück. Man warnt vor der kommunistischen Weltrevolution, führt die Expansion der UdSSR bis 1948 ins Feld und erinnert an den 17. Juni 1953 in Ost-Berlin, an Ungarn 1956 und die CSSR 1968. Man verschweigt aber, daß gerade diese Ereignisse der Machtabsicherung im eigenen Machtbereich dienten und nicht einer weitergehenden Ausdehnung in Richtung Westeuropa. Vor allem nutzt man die Aktivitäten kommunistischer Gruppen im eigenen Land, mögen sie auch noch so klein und unbedeutend sein, um zu zeigen, wie sehr man schon unterwandert ist und wie dringend es ist, sich dagegen zu wappnen.

Rüstungsinteressen können sich ungestört entfalten

4.6 Hinter diesem kaum in Frage gestellten Legitimationszusammenhang können sich partikulare (ökonomische und herrschaftsbezogene) Rüstungsinteressen ungestört entfalten: die Interessen derjenigen, die von einem ungebremsen Wachstum der Rüstungen profitieren, denen dieses Wachstum stabile, langfristig garantierte Kapitalverwertungsbedingungen sichert;

autoritäre Gesellschaftsstrukturen

und ebenso die Interessen derer, die in der Existenz von Militär und Rüstung einen Garanten der Bewahrung autoritärer Gesellschaftsstrukturen sehen – bis hin zum – nach der Notstandsverfassung möglichen – Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Entspannungspolitik setzte Zweifel an der Notwendigkeit der Bundeswehr

4.7 Die Entspannungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung wurde von einer Mehrheit der Bevölkerung eindeutig unterstützt. Dies zeigte sich auch in einer starken Mobilisierung anlässlich des Misstrauensvotums gegen Bundeskanzler Brandt und bei den vorgezogenen Bundestagswahlen 1972. Gleichzeitig wurde von der Öffentlichkeit in zunehmendem Maße die Notwendigkeit der Bundeswehr in Frage gestellt; nahm die Zahl derer zu, die konkrete Abrüstungsschritte für notwendig und möglich hielten, stieg die Zahl derer, die aus Gewissengründen den Kriegsdienst verweigerten, stark an.

► Rüstungsinteressen sind nicht nur die Interessen der Kapitaleigner und Manager der Rüstungsindustrie, möglichst gute Abschlüsse zu tätigen und hohe Gewinne einzustreichen. Es geht auch – im ökonomischen Bereich – darum

- durch Staatsaufträge (wie dies Rüstungsaufträge fast ausnahmslos sind) die Auslastung der Produktionsanlagen langfristig zu sichern,
- im Bereich der Forschung und Entwicklung optimale Arbeitsbedingungen unter minimalem Kapitalaufwand zu erhalten und dabei Vorteile aus zivil nutzbaren "Abfall"entwicklungen zu ziehen (die berühmte Teflon-Bratpfanne ist nur ein Beispiel),
- in Regionen mit überwiegender Rüstungsindustrie auch den Konsum- und Dienstleistungssektor zu erhalten, der von den Verdiensten derer, die in den Rüstungsbetrieben beschäftigt sind, lebt, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

► Autoritäre Gesellschaftsstrukturen werden u.a. durch das Militär als Erziehungsfaktor aufrecht erhalten. Das dem ehemaligen BDI-Präsidenten Fritz Berg zugeschriebene Wort "Nur ein gedienter Arbeiter ist ein guter Arbeiter" mag als Beleg dafür gelten, daß die Gewöhnung an Drill und Gehorsam auch für den beruflichen Alltag und für den Ablauf der Produktion als vorteilhaft angesehen wird.



„– und die sagen, wir sind verrückt.“

Versuche, die Bundeswehr attraktiv zu machen

Radikalenerlaß

Angst, Einschüchterung und Duckmäusertum

nicht nur der verfassungsmäßigen antikapitalistischen Bewegung, auch jeglicher qualitativen Reformpolitik wurde der Boden entzogen

SPD und FDP passen sich mehr und mehr den Positionen ihrer Gegner an

4.8 Auf diese Tendenzen reagierte die Bundesregierung – durchaus im Einklang mit der CDU/CSU – mit verstärkter Militärpropaganda und anderen Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr. Hinzu kam – und dies ist für die innergesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik von noch größerer Bedeutung –, daß parallel zur abnehmenden Glaubwürdigkeit antikommunistischer Klischees in bezug auf einen äußeren Feind eine Kampagne gegen angebliche »Verfassungsfeinde« im Innern, vor allem im öffentlichen Dienst, an lief, daß also der »äußere Feind« durch den »inneren« ausgetauscht wurde. Wie nahtlos die Militarisierungskampagne und die Kampagne gegen »Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst« ineinander übergehen, zeigt die Aufnahme der DFG/VK in den Verfassungsschutzbericht.

4.9 Die Gründe für diese Kampagne können hier nicht im einzelnen dargelegt werden; sicher gehört außer der abnehmenden Glaubwürdigkeit außenorientierter Feindbilder auch die Erfahrung der Krisenhaftigkeit der bundesrepublikanischen Wirtschaftsordnung dazu, ebenso die Angst, daß sich – als Ausläufer der Studenten- und Schülerbewegung – ein systemkritisches Potential, insbesondere in den Institutionen des Bildungswesens etablieren könnte. Auch die Frage, ob diese Kampagne von SPD und F.D.P. bewußt eingeleitet worden ist, oder ob sie – aus innenpolitischen, wahltaktischen Gründen – einem Druck der CDU und CSU nachgegeben haben, kann hier nicht beantwortet werden. Sicher aber ist eins: Mit dieser Disziplinierungskampagne, die in weiten Bereichen Einschüchterung, Duckmäusertum und Angst erzeugte, wurde nicht nur die Chance für eine – durchaus verfassungsmäßige – antikapitalistische Bewegung getroffen, sondern zugleich auch einer reformistisch orientierten Politik, die mit dem Anspruch auf »mehr Demokratie« und »Frieden« angetreten war, der Boden unter den Füßen weggezogen. Auswirkung dieser Politik war nichts anderes als die Stärkung des gesellschaftlichen Potentials der konservativen und reaktionären Kräfte mit der weiteren Folge der schrittweisen Anpassung von SPD und F.D.P. an deren Positionen.

Bei den Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Bundeswehr ist vor allem an das Ausbildungsangebot zu denken, das in den Anzeigenkampagnen vorgestellt wird, und bei dem die Bundeswehr als ein Ausbildungsbetrieb wie andere Großkonzerne dargestellt und der militärische Zweck der Tätigkeiten nur am Rande oder überhaupt nicht erwähnt wird. Außerdem zählt dazu die Einrichtung zweier bundeswehreigener Hochschulen in Hamburg und München, die für numerus-clausus-bedrohte Abiturienten die Bundeswehr-Offizierskarriere zu einem günstigen Ausweg werden ließen.

Das Grundgesetz legt die BRD nicht auf eine privatkapitalistische Wirtschaftsordnung fest. Art. 14 und 15 und die darin enthaltenen Enteignungs- und Sozialisierungsmöglichkeiten zeugen davon, daß die Verfassungsväter einen historischen Kompromiß zwischen sehr unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen geschaffen haben, der im Prinzip auch eine Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft zuläßt. Dies muß immer wieder betont werden, weil insbesondere CDU und CSU immer wieder versuchen, die derzeitige Wirtschaftsordnung als die einzig verfassungskonforme darzustellen und ihre Gegner als Verfassungsfeinde abzustempeln.

Die Jungdemokraten sehen Anzeichen für eine schleichende Militarisierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik.

Es wäre jedoch verkürzt, hierfür die Bundeswehr allein verantwortlich machen zu wollen. Es gibt vielmehr innerhalb und außerhalb der Armee Tendenzen und Kräfte, die nicht die Integration des Militärs in die Gesellschaft und die Einbindung in die demokratische Gesellschaftsordnung wollen, sondern versuchen, die Gesellschaft selbst zu formieren und zu militarisieren. Diese Kräfte haben in den letzten Jahren auch innerhalb der Bundeswehr wieder an Boden gewonnen.

Fehlentwicklungen dieser Art könnte entgegengesteuert werden, wenn die Bundeswehr die Prinzipien der Inneren Führung im ursprünglichen vorgesehenen und auch notwendigen Maße erfüllte, wenn sie im Rahmen der politi-

schen Bildung der jungen Soldaten weitaus mehr Möglichkeiten böte, demokratisches Bewußtsein herauszubilden, wenn neofaschistische Ausschreitungen wie neulich an der Bundeswehrhochschule München von der Truppengerichtbarkeit (aber auch von zivilen Gerichten) mit aller Strenge geahndet würden und eine offene Auseinandersetzung über Militärgeschichte und soldatische Traditionen stattfände – um nur einige Beispiele zu nennen. Nicht zuletzt ist die politische Führung (Parlament und Regierung) aufgefordert, dem Friedensgebot des Grundgesetzes zu folgen und den Primat militärischen Denkens dadurch aufzuheben, daß das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs 3 GG volle Anwendung findet und der Zivildienst dem Wehrdienst gleichgestellt wird.

5. Die Arbeit der Jungdemokraten für Frieden und Abrüstung

5.0 Die Entwicklung der Entspannungspolitik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten scheint mit der KSZE eher ihren Abschluß gefunden zu haben, als daß Perspektiven für einen Übergang von der politischen zur militärischen Entspannung sichtbar wären. Die innenpolitische Verhärtung – nicht nur in der Bundesrepublik, sondern im Gefolge der KSZE gerade auch in einigen Warschauer-Pakt-Staaten – läßt uns größere Fortschritte in Richtung Abrüstung von daher für unwahrscheinlich halten. Abrüstungsforderungen der Jungdemokraten können daher nicht bei pauschalen Forderungen nach »weltweiter Abrüstung« oder »Auflösung der Militärblöcke, Abschaffung der Militärapparate« stehenbleiben, so richtig diese in langfristiger Perspektive auch sind. Eine Politik, die sich auf derartige Forderungen beschränkt, kann zwar des Beifalls im Kreis tendenziell Gleichgesinnter sicher sein, sie bleibt aber ohne praktische Relevanz.

5.1 Hauptaufgabe der Jungdemokraten ist es daher zunächst, innergesellschaftlich überhaupt erst wieder die Voraussetzungen für eine starke Abrüstungsbewegung zu schaffen und auszubauen. Hierzu gehört, daß die Jungdemokraten in ihrer Arbeit an Schulen und Hochschulen, in ihrer Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern und Zivildienstleistenden ebenso wie in ihrer Soldatenarbeit konsequent die Bundeswehr in Frage stellen, die »Sicherheits«-strategien von NATO und Warschauer Pakt kritisieren und die Interessengebundenheit von Rüstung und Militär aufzeigen, um ein kritisches, antimilitaristisches Bewußtsein insbesondere bei den Jugendlichen zu verbreiten.

– Deshalb setzen sich die Jungdemokraten zur Wehr gegen Militärpropaganda durch Wehrkunde in den Schulen. Sie fordern statt dessen die verbindliche Aufnahme der Friedenserziehung in die Lehrpläne.

– Die Jungdemokraten setzen sich zur Wehr gegen Rüstungsforschung an den Hochschulen. Sie fordern die Bundes- und Länderregierungen auf, statt dessen die Förderung der Friedensforschung zu intensivieren.

– Die Jungdemokraten setzen sich zur Wehr gegen die Unterordnung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung unter die Bedarfsplanung der Bundeswehr. Sie fordern statt dessen die vollständige und endgültige Abschaffung jeglicher Prüfungsverfahren für KDV und den Ausbau des Zivildienstes zu einem echten, sozialorientierten Friedensdienst.

Jungdemokraten halten vorerst größere Fortschritte in Richtung Abrüstung für unwahrscheinlich

pauschale Abrüstungsforderungen bleiben deshalb bedeutungslos

Hauptaufgabe: innergesellschaftliche Voraussetzungen für starke Abrüstungsbewegung herstellen

gegen Wehrkunde – für Friedenserziehung

gegen Rüstungsforschung – für Friedensforschung

gegen die Unterordnung des KDV-Grundrechts, für die endgültige Abschaffung der Prüfungsverfahren und den Aufbau eines echten Friedensdienstes

▶ Seit Gründung der Bundeswehr 1956 bis 1974 ist der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung innerhalb der Militärausgaben von 9 Millionen DM = 0,12 % auf 1 404 Millionen DM = 4,35 % gestiegen. Die Friedensforschung wird überhaupt erst seit 1970 staatlich gefördert. Die Ausgaben hierfür liegen im Jahr unter 4 Millionen DM, wobei die Kosten für die Verwaltung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung noch mit eingerechnet sind. Doch auch diesen Betrag findet der CDU-Abgeordnete Wörner noch für zu hoch. Er forderte, man solle sich entschließen, "die für Friedens- und Konfliktforschung aufgewandten und bis jetzt im wesentlichen verschleuderten Gelder für wissenschaftlich seriöse Strategie- und Sicherheitsforschung auszugeben." (so in K.D. Schwarz (Hg.), Sicherheitspolitik, S. 379)

▶ Die Jungdemokraten haben 1977 ein Arbeitsprogramm "Vom Zivildienst zum Friedensdienst" verabschiedet. Dort können in Teil B, S. 12 - 16 unsere Forderungen zum Ausbau eines Friedensdienstes im einzelnen nachgeschlagen werden.

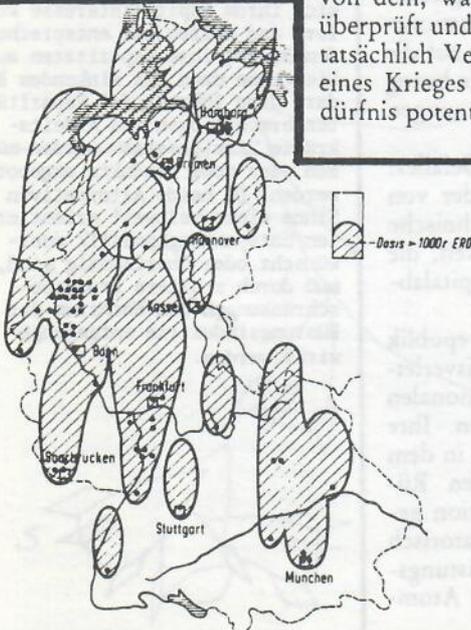
für die Wiederherstellung
der Chancen einer anti-
kapitalistischen Bewegung

Gefahren des ausufernden
Rüstungskomplexes ver-
deutlichen

Sicherheitspolitik muß
andere Prioritäten setzen

soziale, wirtschaftliche
und ökologische Sicher-
heit haben Vorrang

NATO-Strategie ist ver-
änderungsbedürftig



Diese Abbildung zeigt, welche Gebiete der Bundesrepublik nach dem Einsatz von 76 Kernwaffen mit je 2 Megatonnen Sprengkraft auf die dicht besiedelten Landesteile radioaktiv verseucht sind. In den schraffierten Gebieten ist die radioaktive Strahlung stärker als 1000 r ERD. Wir wissen bereits, daß eine Strahlungsdosis von 100 r ERD für den Menschen tödlich ist.

(Quelle: Weizsäcker, a. a. O., S. 537)

Des Weiteren fordern die Jungdemokraten die vollständige Integration der nicht spezifisch militärischen Ausbildungsgänge der Bundeswehr in das allgemeine Bildungswesen.

Ebenso ist der Kampf gegen Berufsverbote und andere diskriminierende Maßnahmen zwingende Voraussetzung für die Wiederherstellung der Chancen einer antikapitalistischen Bewegung in der Bundesrepublik wie auch dafür, die innergesellschaftlichen Bedingungen für eine Abrüstungs- und Friedenspolitik auf internationaler Ebene herzustellen.

5.2 Die Jungdemokraten müssen weiter die Gefahren eines ausufernden Rüstungskomplexes für die demokratische und soziale Entwicklung der Bundesrepublik aufzeigen: Jahr für Jahr und langfristig im voraus werden Milliarden für die Entwicklung von Rüstungsprodukten ausgegeben und verplant, über deren Verwendbarkeit zum Zeitpunkt der Beschlußfassung über die Investitionen nichts bekannt sein kann. Diese Gelder müssen anderen Bereichen öffentlicher Investitionen vorenthalten werden, in denen der Nutzen für die Gesellschaft und ihre Mitglieder sehr deutlich vorausgesehen werden kann, und in denen der Schaden von Einsparungen aus Gründen falscher Prioritätensetzung schon jetzt bekannt ist (z. B. die u. a. mangels Masse auf halbem Wege stehengebliebene Bildungs- und Hochschulreform). Daraus folgt, Sicherheitspolitik darf nicht länger an den Angeboten und Interessen einer weitgehend unkontrolliert mit öffentlichen Mitteln forschenden Rüstungsindustrie ausgerichtet werden sowie an den Wünschen der Militärs nach neuen Waffensystemen.

5.3 Sicherheitspolitik muß sich vielmehr zuerst an dem Bedürfnis der Bevölkerung orientieren, in einer sozialen und ökologischen Umwelt zu leben, die lebenswert und dann auch verteidigungswürdig ist. Das bedeutet zweierlei:

1. Die soziale (Vorsorge für die Zukunft, Fürsorge für Krankheit und sozial Schwache usw.), die wirtschaftliche (Sicherheit von Arbeitsplätzen, Sicherheit vor Inflation usw.) und die ökologische Sicherheit (Erhaltung der Lebensbedingungen, Sicherung von unschädlicher Energie usw.) haben Vorrang vor der militärischen Sicherheit.

2. Die derzeit geltende Strategie von NATO und Bundeswehr zerstört im Falle versagender Abschreckung das meiste von dem, was sie schützen soll. Sie muß deshalb dringend überprüft und zugunsten einer Strategie verändert werden, die tatsächlich Verteidigung bewirkt und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringert, indem sie auch dem Sicherheitsbedürfnis potentieller Gegner Rechnung trägt.

► Auf das Mißverhältnis von Ziel und Mitteln im Falle einer versagenden Abschreckung hat schon 1971 die Weizsäcker-Studie "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" hingewiesen. In ihren politischen Aussagen heißt es u. a.:

1. Die Bundesrepublik ist mit konventionellen Mitteln nicht zu verteidigen.
2. Der Einsatz nuklearer Waffen in der Absicht der Verteidigung der Bundesrepublik würde zur nuklearen Selbstvernichtung führen.
3. Für die Bundesrepublik gibt es nur eine in sich widerspruchsvolle Abschreckung.

*gänzlicher Verzicht auf
Waffen wird vorerst
nicht durchsetzbar sein*

*Abrüstung muß bei der
Rüstungsforschung und
-entwicklung ansetzen*

*demonstrativer Akt für
militärpolitischen Ent-
spannungswillen*

*Verbot des Rüstungs-
exports*

*Verminderung von Fakto-
ren des Nord-Süd-Ge-
fälles*

5.4 Die Jungdemokraten sind sich bewußt, mit dieser Forderung grundsätzlich einzuräumen, daß es auf mittlere Sicht nicht möglich und vor allem nicht durchsetzbar sein wird, gänzlich auf Verteidigungsmittel und ihre Herstellung zu verzichten.

Die Jungdemokraten sind sich weiter bewußt, daß es nahezu unmöglich ist, die Eigendynamik von einmal in Gang gesetzten Rüstungsvorhaben zu regulieren. Sie fordern deshalb, Abrüstungsbemühungen im Bereich der Rüstungsforschung und -entwicklung anzusetzen. Dies gilt vordringlich für Waffensysteme und Großgeräte. Ein Stop von Rüstungsforschung und -entwicklung ermöglicht auch den reibungsloseren Übergang von der Rüstungs- auf die zivile Produktion in den gleichen Unternehmen und entkräftet damit das von der Rüstungsindustrie in letzter Zeit immer wieder hochgehaltene Menetekel der Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig könnte er als demonstrativer Akt für den militärpolitischen Entspannungswillen der Bundesrepublik nach außen dargestellt werden. Das bestehende Verbot der Entwicklung und Lagerung biologischer und chemischer Waffen ist konsequent durchzusetzen.

5.5 Dem unkontrollierten Wachstum der Rüstungsindustrie muß weiterhin dadurch begegnet werden, daß das Verbot des Rüstungsexports verschärft und den Bestimmungen gemäß angewandt wird. Erst eine Unterbindung der Ausfuhr von Rüstungsprodukten, Produktionsanlagen sowie rüstungstechnischem Know-how verhindert einen Zugang zu internationalen Märkten und hat damit eine restriktive Wirkung auf die Rüstungsindustrie. Daneben kann eine solche Politik in bezug auf die zwischen- und innerstaatlichen Auseinandersetzungen in der Dritten Welt dämpfend wirken.

Sie vermindert bestimmte Faktoren des Nord-Süd-Gefälles: die technologische Abhängigkeit der Empfängerländer von hochtechnisierten Waffensystemen, die auf andere technische Bereiche ausstrahlt, sowie die finanzielle Abhängigkeit, die durch den mit dem Rüstungskauf einhergehenden Kapitalabfluß entsteht.

5.6 Solche Maßnahmen können von der Bundesrepublik selbständig, d. h. sowohl ohne die Gefahr der Bündnisverletzung als auch unabhängig vom Fortgang der internationalen Konferenzen beschlossen und durchgeführt werden. Ihre Wirksamkeit wächst selbstverständlich in dem Maße, in dem internationale Übereinkünfte und Kontrollen gegen Rüstungsexport und Möglichkeiten der Waffenproduktion getroffen und für alle industrialisierten Länder obligatorisch werden. Die Erfahrungen der Verhandlungen über Rüstungskontrollabkommen wie auch die der Internationalen Atom-

Rüstungsvorhaben brauchen von der ersten Planskizze bis zur Nutzung in der Truppe im Durchschnitt ca. acht Jahre. Die Geschichte der Rüstungsprodukte nach dem Zweiten Weltkrieg kennt nur wenige Beispiele dafür, daß Vorhaben, die es bis zum Prototyp und dessen Erprobung gebracht hatten, dann nicht auch in Serienfertigung gegangen wären. Dies liegt u. a. daran, daß denen, die als Abgeordnete über Zwischenschritte zu entscheiden haben, Fehlentwicklungen kaum auffallen. Auch falsche Bedarfskalkulationen werden nicht durch einen Abbruch einer Entwicklung berichtigt, weil sonst zugegeben werden müßte, daß Millionen oder Milliarden für Schrott verschwendet worden sind. Deshalb kann man eine der Entspannungspolitik angemessene Rüstungspolitik, die auf ein Weiterrüsten verzichtet, nur dadurch erreichen, daß man keine neuen Forschungs- und Entwicklungsaufträge vergibt. Die gleiche unkorrigierbare Eigendynamik von Rüstungsvorhaben dürfte auch in der UdSSR zu finden sein, was möglicherweise mit ein Grund dafür ist, daß dort trotz ständiger Entspannungserklärungen noch die Rüstungsmaschinerie weiterläuft.

Solange Rüstungsunternehmen die Möglichkeit haben, ihre Produkte zu exportieren, verhalten sie sich ihrem Kapitalinteresse konform und weiten bei entsprechendem Bedarf ihre Kapazitäten aus. Dies kann dann bei sinkendem Bedarf dazu führen, daß Kapazitäten brach liegen und Arbeitskräfte "freigesetzt" werden müssen oder neue Produkte angeboten werden. Da beide Alternativen im Sinne einer weltweit orientierten Entspannungspolitik unerwünscht oder überflüssig sind, muß durch stärkere Exportbeschränkungen dem Wachstum der Rüstungsindustrie entgegengewirkt werden.

internationale Abkommen
folgen dem Prinzip der
Freiwilligkeit

das Prinzip der Jung-
demokraten: unsere Si-
cherheit nimmt in dem
Maße zu, in dem sich
andere vor uns sicher
fühlen können

vertrauensbildende Maß-
nahmen auf jeden Fall
anwenden

tatsächliche Rüstungsbe-
grenzungen als erste
Voraussetzungen zur
Abrüstung

Vorleistungen als
demonstrative Schritte

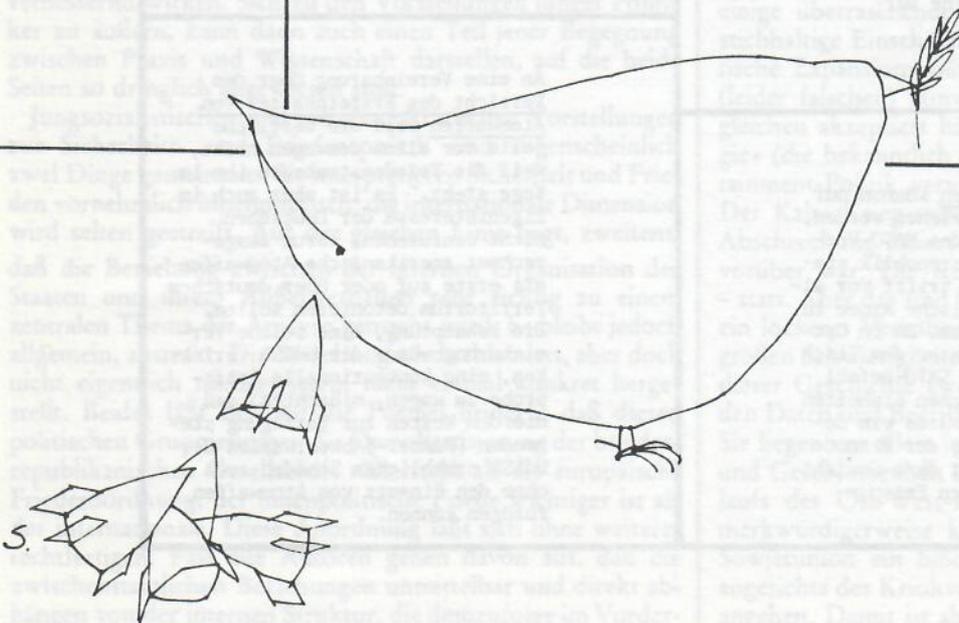
energiebehörde zeigen, daß Kontrollmaßnahmen im internatio-
nalen Rahmen nur auf der Grundlage der Freiwilligkeit zu
vereinbaren und durchzuführen sind. Damit sind aber ihrer
Wirksamkeit enge Grenzen gesetzt. Die Jungdemokraten
werden deshalb das Prinzip propagieren, daß die eigene Si-
cherheit in dem Maße zunimmt, in dem sich andere vor uns
sicher fühlen können. Die Bundesregierung wird in diesem
Sinne aufgefordert,

- vertrauensbildende Maßnahmen über den Katalog von Hel-
sinki hinaus anzuwenden, auch wenn von der anderen Seite
darauf zunächst kein positives Echo kommt;
- bei den laufenden und anstehenden internationalen Ver-
handlungen darauf hinzuwirken, daß diese zu Ergebnissen
führen, die über Bekundungen des guten Willens (die für die
bisherigen Konferenzen charakteristisch waren) hinaus zu
tatsächlichen Rüstungsbegrenzungen gelangen und damit
die erste Voraussetzung zur Abrüstung schaffen;

- bestimmte Vorleistungen im Bereich der Abrüstung einzu-
leiten, die als demonstrative Schritte von der Gegenseite
wahrgenommen werden können und nicht Substitutions-
prozesse darstellen, Schritte, an die keine Bedingungen ge-
knüpft werden, die aber »Antworten« erwarten, bevor wei-
tere Schritte erfolgen.

► Die KSZE-Schlußakte von Helsinki
enthält einen Katalog vertrauens-
bildender Maßnahmen, Dazu gehört
die vorherige Ankündigung größe-
rer militärischer Manöver mit ei-
ner Gesamtstärke von mehr als
25.000 Mann 21 Tage vor ihrem Be-
ginn, die Möglichkeit zur Ankün-
digung kleinerer Manöver, der
Austausch von Manöverbeobachtern
und die Ankündigung von größeren
militärischen Bewegungen.

► Die Jungdemokraten haben in die-
sem Programm die Bundesregierung
zu Vorleistungen aufgefordert.
Sie sind sich bewußt, sich damit
der massiven Kritik aller Über-
vorsichtigen auszusetzen sowie
all derer, die prinzipiell davon
ausgehen, die Gegenseite müsse
den ersten Abrüstungsschritt tun
und denen entweder entgangen ist,
daß die Gegenseite dies auch von
uns erwartet oder die bewußt in
Kauf nehmen, daß während dieses
wechselseitig auf erste Schritte
Wartens die Rüstungsspirale um
einige Runden weitergedreht wurde.
Die Jungdemokraten fordern demon-
strative Schritte; darunter ver-
stehen sie Maßnahmen, die von der
Gegenseite eindeutig als Abrü-
stungsschritte und Vorleistungen
erkannt werden können und die ihr
auch als solche angekündigt wer-
den. Es soll also nicht heißen,
wir verringern die Bundeswehr um
10.000 Mann, wenn Ihr dies oder
jenes abschafft, sondern, wir tun
dies und erwarten von Euch, daß
Ihr nun auch durch einen demon-
strativen Schritt Eure Bereit-
schaft zur tatsächlichen Abrüstung
zeigt. Erst dann werden wir wie-
der einen Abrüstungsschritt gehen.



die Diskussion über Vorleistungen beginnen

Ostseeflotte einmotten?

Triadenstrategie und taktische Kernwaffen?

Abzug fremder Truppen?

Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen?

Als diskussionswürdige Vorleistungen, die die Sicherheit der Bundesrepublik nicht gefährden, ja sie im Prinzip sogar erhöhen, sehen die Jungdemokraten

- die Einmottung der Ostseeflotte der Bundesmarine;
- den aktiven Einsatz innerhalb der zuständigen NATO-Gremien für eine Abkehr von der Triadenstrategie (das Aufeinanderfolgen von konventioneller, taktisch-nuklearer und strategisch-nuklearer Kriegsführung) und für den Abzug aller taktischen Nuklearwaffen aus Mitteleuropa (sowie entsprechende Sonderverhandlungen mit Frankreich);
- den Rückzug von Besatzungstruppen vom Gebiet der Bundesrepublik als ersten Schritt für den Abzug aller fremden Truppen aus den Ländern Europas;
- eine Vereinbarung über den Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen.

Die Jungdemokraten nennen in diesem Programm einige Maßnahmen, die sie für diskussionswürdige Vorleistungen halten. Diskussionswürdig ist selbstverständlich alles, was die eigene Sicherheit nicht gefährdet. Wie sieht es nun mit den hier genannten Beispielen aus?



Die Abkehr von der Triadenstrategie wäre nicht nur kein Sicherheitsrisiko, sondern nur die konsequente Anwendung der Erkenntnisse der Weizsäcker-Studie(s. Anmerkung zu 5.3). Sie würde auch erst zur Vorleistung, wenn damit begonnen würde, die taktischen Nuklearwaffen aus Mitteleuropa abzuziehen. Auch hier würde der Abzug von 1000 Sprengköpfen das Sicherheitsrisiko nicht erhöhen, jedoch ein deutliches Zeichen für die Abrüstungsbereitschaft setzen. Die nächsten 1000 brauchen ja erst dann weggenommen werden, wenn auch die Gegenseite Beweglichkeit zeigt. Es wäre aber eine diplomatische Dummheit, irgendwelche taktischen Waffen nur mit der Begründung, sie seien veraltet, zurückzuziehen. Dies wäre eine verschenkte Vorleistung.

Als Besatzungstruppen können nur die Kontingente angesehen werden, die nicht aufgrund des NATO-Vertrages in der Bundesrepublik stationiert sind. Dies trifft vor allem für die französische Armee in Südwestdeutschland zu. Da im Ost-West-Poker jedoch unter dem Tisch die nicht unter dem NATO-Befehl stehenden französischen Einheiten mitgezählt werden, würde ein demonstrativer Rückzug der französischen Truppen nicht ohne Gewicht für den militärischen Entspannungsprozeß sein.

Hätte die UdSSR und ihre Ostseeflotte einen freien Zugang zur Nordsee, wenn die deutsche Ostseeflotte eingemottet würde? Könnte sie ohne unsere Ostseemarine ungestört unsere Küsten anlaufen und Truppen dort absetzen? Wir gehen davon aus, daß sich im Ernstfall unsere Küste und auch die dänischen Meeresengen ausreichend vom Land her schützen lassen. Und wir nehmen an, daß man nach dem Einmotten der Ostseeflotte (was ja nicht dem Versenken der Schiffe gleichkommt) die UdSSR an ihre alte Erklärung, die Ostsee solle ein Meer des Friedens werden, erinnern und ihr zu verstehen geben sollte, daß man nun auch etwas von ihr in diesem Bereich erwarte.

An eine Vereinbarung über den Verzicht des Ersteinsatzes von Atomwaffen will die westliche Seite vor allem deswegen nicht, weil die Triadenstrategie ihm im Wege steht. Es ist aber auch im Eigeninteresse der Deutschen nicht einzusehen, warum ausgerechnet amerikanische Atomwaffen als erste auf oder über deutschem Territorium detonieren sollen. Die Behauptung, eine solche Vereinbarung würde die UdSSR verlocken, eine konventionelle Kraftprobe zu wagen, mißachtet, daß die dem Westen zur Verfügung stehenden (Panzer-)Abwehrwaffen der UdSSR erheblichen Schaden auch ohne den Einsatz von Atomwaffen zufügen können.

KOMMENTARE

Ernst-Otto Czempel
Betrachtungen eines Nicht-Politikers

Für den Akademiker ist es besonders reizvoll, sich mit den Vorstellungen der Jungdemokraten und der Jungsozialisten zu beschäftigen – die Junge Union hat offensichtlich keine? –, und zwar aus doppeltem Grund. Er erhält hier politische Vorstellungen, Pläne von jungen Politikern, sozusagen aus erster Hand. Er kann gleichzeitig feststellen, wie die von der Friedensforschung und der Sozialwissenschaft im allgemeinen entwickelten Analysen und Ergebnisse in der Politik aufgenommen und verarbeitet worden sind. Natürlich liegt die Versuchung nahe, sich in der Rolle des Praeceptors zu gefallen, mit der Elle der reinen Kritik zu messen, was sich schließlich auf dem sehr schwierigen Feld konkret-praktischer Politik zu bewähren und demzufolge auch anzupassen hat. Es ist relativ einfach, vom Schreibtisch aus gute Ratschläge zu erteilen und Zensuren zu verteilen. Eine der großen Schwächen politikorientierter Forschung in den Universitäten ist und bleibt eben, daß sie von der Politik, ihrem Untersuchungsfeld, weit entfernt ist. Diese Distanz macht vieles einfacher, aber eben auch unpolitischer. Andererseits aber geht Praktizieren vor Analysieren, und dieses Rangunterschiedes muß sich jeder bewußt sein, der aus der geschützten Position der Wissenschaft zu beurteilen versucht, was engagierte Politiker in der Realität sich vorgenommen haben. Mit diesem Vorbehalt jedoch kann die Auseinandersetzung vielleicht doch fruchtbar sein, kann sie nach beiden Seiten anregend und verbessernd wirken. Sich zu den Vorstellungen junger Politiker zu äußern, kann dann auch einen Teil jener Begegnung zwischen Praxis und Wissenschaft darstellen, auf die beide Seiten so dringlich angewiesen sind.

Jungsozialistischen und jungdemokratischen Vorstellungen zur Sicherheits- und Friedenspolitik sind augenscheinlich zwei Dinge gemeinsam: Sie interpretieren Sicherheit und Frieden vornehmlich innenpolitisch; die internationale Dimension wird selten gestreift. Auf der gleichen Linie liegt, zweitens, daß die Beziehung zwischen der internen Organisation der Staaten und ihrem Außenverhalten sehr richtig zu einem zentralen Thema der Analyse gemacht wird. Es bleibt jedoch allgemein, abstrakt. Die Beziehung wird reklamiert, aber doch nicht eigentlich nachgewiesen, nicht einmal konkret hergestellt. Beides läßt sich auf die Formel bringen, daß diesen politischen Gruppierungen die Demokratisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft nähersteht als die europäische Friedensordnung, der innenpolitische Friede wichtiger ist als der internationale. Diese Anordnung läßt sich ohne weiteres rechtfertigen. Fast alle Autoren gehen davon aus, daß die zwischenstaatlichen Beziehungen unmittelbar und direkt abhängen von der internen Struktur, die demzufolge im Vorder-

grund jeder Politik stehen muß, die auch auf den internationalen Frieden abzielt. Auf der anderen Seite wird man aber den Verdacht nicht los, daß die Bevorzugung der innenpolitischen Szene weniger einer akademischen Rangzuweisung als vielmehr der unmittelbar praktischen Einsicht zu verdanken ist, daß man auf die Innenpolitik konkreten und nachweisbaren Einfluß nehmen kann, während sich die internationale Situation dem weitgehend entzieht. Demokratie im Innern läßt sich leichter fördern und verwirklichen als die Friedensordnung außen. So jedenfalls wird wohl zu verstehen sein, daß fast alle Autoren den internationalen Aspekt des Sicherheits- und Friedensproblems immer wieder rasch aus der Hand lassen, um sich dann ganz intensiv dem innerpolitischen zuzuwenden.

Wo aber die Probleme einer europäischen Friedensordnung angesprochen werden, sitzen die Akzente richtig...

(...)

... Natürlich sind alle Maßnahmen zur Völkerverständigung, vom Jugendaustausch bis zum Verwandtenbesuch, zu begrüßen, wie das die Jungdemokraten fordern (»Radikal für Freiheit, Demokratie und Frieden«). Doch wird man damit allein der auch von ihnen anerkannten Konfliktstruktur zwischen West und Ost wohl nicht beikommen. Sie wurde in dem Beschluß der Außerordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz der deutschen Jungdemokraten am 11. und 12. Juni 1977 in Langen (Hessen) sehr ausführlich beschrieben. Zwar gibt es da einige überraschende und historisch wohl auch nicht ganz stichhaltige Einschätzungen. Sie beschönigen z. B. die sowjetische Expansionspolitik unter Stalin in Osteuropa mit dem (leider falschen) Hinweis, daß die westlichen Alliierten dergleichen akzeptiert hätten. Auch wird die »roll-back-Strategie« (die bekanntlich nur ein Wahlslogan war) mit der Containment-Politik verwechselt, deren Begriff nicht auftaucht. Der Kalte Krieg wird auf die Entstehung der gegenseitigen Abschreckung datiert – wo er bekanntlich schon beinahe fast vorüber war. Die Kuba-Krise fand 1962 – und nicht 1961 – statt. Aber das sind Schönheitsfehler, die sicherlich nicht auf ein lockeres Verhältnis zur Geschichte, sondern eher auf die großen Schwierigkeiten schließen lassen, die die Aufarbeitung dieser Geschichte zweifellos bereitet. Sie liegen nicht nur in den Daten und Begriffen, die sich immer nachschlagen lassen. Sie liegen vor allem in der Interpretation. Die in ihrer Kürze und Geschlossenheit sehr beeindruckende Übersicht des Verlaufs des Ost-West-Konfliktes in Europa enthält nämlich merkwürdigerweise keine verlässliche Würdigung. Daß die Sowjetunion ein bißchen in Schutz genommen wird, mag angesichts des Kritikvolumens, das sonst auf sie gehäuft wird, angehen. Damit ist aber der Konflikt nicht erklärt. Auch die

Kritik an den Feindbildern hilft hier nicht weiter – gibt es nicht auch Feindbilder, die stimmen? Von Hitler ließ sich doch wohl kein Feindbild zeichnen, sicherlich auch von Stalin nicht. Man muß also schon etwas komplizierter an diese Konfliktstruktur herangehen, besonders wenn man ihre Kontinuität bis 1917 zurückverfolgt. Einen Teil dieser Struktur kann man sicherlich durch die internen Herrschaftsinteressen auf beiden Seiten erklären – ein Zusammenhang, der in manchen Beiträgen hergestellt und diskutiert wird, wénniglich meist nur für die Bundesrepublik. Wie erklärt man aber den anderen Teil des Konfliktes: als historischen Antagonismus, als akzidentelles Phänomen, als Folge individuell zuschreibbarer Aggressions- und Machtgelüste, als Mißverständnis, als Folge des Sicherheitsdilemmas, des Rüstungswettlaufs? Darauf gibt es keine Antwort, weder bei den Jungsozialisten noch bei den Jungdemokraten. Sie fällt natürlich auch schwer – niemand hat eine zur Verfügung. Müßte man nicht deswegen darüber nachdenken? Gäbe es eine solche Antwort, so enthielte sie auch den Schlüssel zu den Strategien, mit denen sich der Konflikt nicht nur abschwächen und mildern, sondern adäquat behandeln (vielleicht sogar lösen?) ließe.

Zumindest ließe er sich genauer beurteilen, was auf einen beträchtlichen Fortschritt hinausliefe. Warum sind beispielsweise die Briten und die Franzosen stets sehr viel praktischer und weicher mit dem Ost-West-Konflikt umgegangen, standen sie stets sehr viel zurückhaltender der deutschen Wiederbewaffnung gegenüber? Worauf ist die schwedische Position zurückzuführen? Gab es auf der sozialistischen Seite etwas, was der Friedenspolitik Willy Brandts entspricht, und wenn nein, warum nicht? Sicherlich ist eine ideologisch offensive Politik wie die Menschenrechtskampagne Carters für ihr angegebenes Ziel dysfunktional, ebenso wie die Falken im westlichen Lager mit ihrer ständigen Kritik an der Sowjetunion für die Dissidenten dort praktisch nichts erreichen (Meyer). Ist deswegen die sowjetische Politik zu rechtfertigen? Ist sie zu verstehen als Folge des Drucks, der von den westlichen Ländern ausgeht? Oder ist sie Charakteristikum des Systems?

Hierauf und auf andere Fragen Antwort zu geben, ist nicht einfach, aber wichtig. Selbstverständlich muß der Ost-West-Konflikt entspannt, also transformiert werden aus dem Bereich der militärischen Auseinandersetzung in den der politischen und gesellschaftlichen Kontroverse. In der Forderung nach Abrüstung sind sich alle Autoren einig. Einen Konflikt zu entspannen, heißt jedoch noch nicht, ihn aufzulösen. Oder umgekehrt, wer einen Konflikt entspannen will, muß ihn auch in der Sache mindern. Wie läßt sich denn die Abrüstung erreichen, wenn der politische Konflikt unvermindert bestehen bleibt? Mit diesem Hinweis hat sich schon Adenauer erfolgreich allen Entspannungsbemühungen (sollten sie wirklich jemals vorhanden gewesen sein) entgegengestellt. Jenseits solch instrumenteller Verwendung bleibt doch aber die Frage, ob sich die Abrüstung durchsetzen läßt, wenn die Konfliktperzeption nicht vorher verändert wird. Ivo Gönner hat sehr interessante Elemente eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa entwickelt, die Bundesdelegiertenkonferenz der deutschen Jungdemokraten legt innovative, an den Gradualismus erinnernde Vorstellungen zur Einleitung von Abrüstung vor. All dies bleibt aber notwendigerweise abstrakt, solange nicht auch die politischen Bedingungen geschaffen sind, unter denen solche Konzepte verwirklicht werden können. Natürlich kann – und muß – die Bundesrepublik vorangehen mit

risikogeminderten Vorleistungen. Sie muß aber auch Erfolg insofern haben, als die anderen Mitglieder des Konfliktsystems nachziehen. Zu dem Zeitpunkt muß sie aber auch ein Konfliktverständnis vorbereitet haben, auf dem sich dann weitere Fortschritte konzipieren und durchsetzen lassen. Daran fehlt es bis heute völlig. Auch die Friedensforschung, gleich sei es hinzugefügt, hat auf diesem Gebiet nichts vorzuweisen.

(...)

Die größte Verlockung dazu besteht zweifellos im Moment auf dem Gebiet der Rüstungsexporte, vornehmlich in die Dritte Welt. Sie werden ausschließlich unter dem Profitprinzip veranstaltet: die Jungdemokraten haben sich offenbar speziell zum Anwalt eines Rüstungsexportstopps gemacht. (...)

Diese »Betrachtungen« sollen nicht abgeschlossen werden ohne einen konkreten Vorschlag. Wie die Lektüre der Beiträge zeigt, gibt es offensichtlich zwischen Jungsozialisten und Jungdemokraten keine arbeitsteilige Kooperation, gibt es sogar – in diesem Zusammenhang sicherlich unnötige – Konkurrenz. Zwischen ihnen und der Friedensforschung andererseits gibt es wohl punktuelle Konnexen, aber ebenfalls keine Zusammenarbeit, keine arbeitssparenden und ergebnisverbessernden Absprachen. Ohne zu verkennen, daß es natürlich zwischen Jungsozialisten und Jungdemokraten politische Differenzen gibt; ohne die Grenze zwischen der Wissenschaft und der Politik verwischen zu wollen, scheint es doch das Ziel des Friedens und der Sicherheit zu rechtfertigen und müßte es doch die gemeinsame Verpflichtung auf diese Ziele auch ermöglichen, diese Zusammenarbeit in Gang zu setzen. Alle würden davon profitieren: die Politiker, weil sie besser und schneller zu relevanten Informationen kommen; die Friedensforscher, weil sie sich ständig mit ihrem realen Gegenstand konfrontieren könnten. Sollte nicht der in all den Beiträgen dieses Bandes beschworene Zusammenhang zwischen interner Struktur und externem Frieden auch erfordern, daß diese Zusammenarbeit begonnen und eingeübt wird?

Ulrich Albrecht Militärpolitik und Demokratiekonzeption von Jungdemokraten und Jungsozialisten

Die Jugendorganisationen der in der sozialliberalen Koalition in Bonn zusammengeschlossenen beiden Parteien haben sich in der Vergangenheit kaum mit Problemen der Militärpolitik befaßt. In neuerer Zeit sind derartige Themen »unter anderem auch«¹ (S. 105*), mit einer gewissen Beiläufigkeit also, Gegenstand der Willensbildung von Jungdemokraten und Jungsozialisten geworden. Neben der Entspannungspolitik und den Rüstungsausföhren gilt das Interesse dieser Verbände vorrangig vier Bereichen, die zu Recht als Wirkungsfeld von Jugendorganisationen zu betrachten sind: der schulischen und außerschulischen Behandlung des Themas Frieden, als »Friedenserziehung« bezeichnet, der politischen Arbeit mit jungen Soldaten, dem Problem der Verweigerung des Kriegsdienstes und besonders der Neugestaltung des zivilen Ersatzdienstes sowie der wenig beachteten Frage, wie die Vereinbarungen der KSZE von Helsinki in der internationalen Jugendarbeit umgesetzt werden können. So interessant diese sechs Themenbereiche und ihre Behandlung durch politische Jugendverbände auch sein mögen – Zweck der folgenden Betrachtung sollte nicht eine Gegenüberstellung von Sachmeinungen oder gar Problemlösungskonzepten dieser Vereinigungen mit Aussagen wissenschaftlicher Experten sein. Ein solches Verfahren hätte das nicht sehr überraschende Ergebnis, daß auf seiten des Jugendverbandes in der Sache Schwächen und einzelne Fehler nachweisbar sind. Zwar soll auf derartiges im folgenden auch eingegangen werden, inhaltlich ergiebiger dürfte aber eine Untersuchung der Selbstaussagen der Jugendvereinigungen sein, welches Verständnis der genannten Problemkreise sich den Texten entnehmen läßt, mit welchem Politikbegriff diese Verbände als Jugendorganisationen der Bundesrepublik regierenden Parteien ihre Handlungsziele und die Umsetzungsfelder ihrer Leitvorstellungen bestimmen, und schließlich, in welcher Weise sie ihre betonte Orientierung an Theorie politisch wirksam werden lassen. Auch wenn die Beschäftigung mit dem Militär nicht umfassend geraten ist, läßt sich so mit dem Verfahren der immanenten Analyse der Dokumente über den engeren Bereich des Themas hinaus ein Bild dieser Jugendverbände und ihrer Stellung in der Gesellschaft skizzieren, welches grundsätzliche Aufschlüsse zum Verständnis von Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik ermöglicht.

I. Die Jungdemokraten

Zum besseren Verständnis der einzelnen Positionen in Sachfragen der Militärpolitik soll eingangs kurz auf die Geschichte der Jungdemokraten hingewiesen werden. Gruppensoziologische Hinweise (woher kommen die Mitglieder mit ihren politischen Auffassungen, wo sind sie hauptsächlich tätig?) lassen sich den Dokumenten leider fast gar nicht entnehmen, obgleich derartige Informationen zumindest den Hintergrund erhellen würden. – Der historische Rekurs liegt bei diesem

Thema mehr als nahe, war es doch der politische Liberalismus des vorigen Jahrhunderts, besonders der Linksliberalismus, der in Westeuropa »Militarismus« kritisch thematisierte und politisch energisch bekämpfte.² Mit Marx läßt sich allerdings sagen (um es vorwegzunehmen), daß die Jungdemokraten zwar das Wort auch haben (neben einer »Projektgruppe Antimilitarismus« des Landesverbandes Baden-Württemberg ist häufiger von der »Militarisierung der Gesellschaft« – vgl. S. 123, 127, 149 und 185 – die Rede), nicht jedoch den Begriff: was Militarismus und Militarisierung in der Sicht dieses Jugendverbandes sind, läßt sich den Texten nicht deutlich entnehmen. Zwar werden den Militarismus angeblich begünstigende Faktoren erwähnt (S. 127), in den Beschlüssen ist gar von einer »Militarisierungskampagne« (S. 185) in der Bundesrepublik oder einer »Militarisierung des Grundgesetzes« (S. 149) die Rede – es erfolgen jedoch nur vage Hinweise, wie der Leser sich diesen Hauptbezugspunkt der Militärkritik der Jungdemokraten als geschlossene Größe vorstellen soll.
(...)

Als weitere³ Aspekte dieser Tradition lassen sich rationalistische Auffassungen anführen (die Jungdemokraten gehen aus »vom Prinzip der Lernfähigkeit der Menschen und der Möglichkeit, durch bessere Argumente überzeugen zu können«, S. 117, und legen den Nachdruck auf verbesserte *Information* von Soldaten, etwa S. 165) oder auch die Beschränkung auf lediglich eine Besserung vorfindlicher Institutionen (auf S. 166 soll eine Liberalisierung des Befehlsprinzips allenfalls »im Rahmen des Möglichen« (?) erfolgen; auf »Verteidigungsmittel und ihre Herstellung« wollen die jungen Liberalen keinesfalls verzichten, vgl. S. 188 – eine andere als die privatwirtschaftliche Organisation dieser Produktion wird bemerkenswerterweise nicht ins Auge gefaßt).

(...)

Obwohl dieser Jugendverband sich trotz aller Kritik auf diese Weise noch dem politischen Establishment zugehörig sieht und die Regierung der wichtigste Adressat von Einzelforderungen bleibt, konzentriert sich die Aufmerksamkeit der Jungdemokraten auf das politische Verhalten der Bevölkerung. Diese betrachten sie mit durchaus gemischten Geföhlen. »Die Bevölkerung . . . ist von Kritikern der Militärpolitik, (auch) . . . von den Jungdemokraten kaum mehr anzusprechen«, heißt es durchaus überzeugend (S. 120). Auch meinen sie (auf welcher Grundlage, wird nicht gesagt), einen »in den letzten Jahren wieder erneut manifest gewordenen Antikommunismus weiter Teile der Bevölkerung« (S. 125) feststellen zu können, oder sehen gar »in der Bevölkerung Sehnsüchte nach dem Großmachtstatus erhalten« (S. 181). Andererseits werden politische Masseneinstellungen recht positiv gewürdigt. So wird in Übereinstimmung mit den eigenen politischen Auffassungen von der Entspannungspolitik für möglich gehalten, daß sie in der Bundesrepublik »mehrheitlich bejaht« wird (S. 185).

(...)

* Die Textverweise in Klammern beziehen sich auf den vorliegenden Band. Alle Hervorhebungen in den Zitaten stammen von U. Albrecht.

Der Status der Theorieaussagen (ihre formale Reife und somit ihre Verwendbarkeit) der Jungdemokraten soll kurz an vier Beispielen erörtert werden, um zu zeigen, daß die bisherige theoretische Orientierung für die friedenspolitischen Bemühungen des Verbandes kaum eine Hilfe sein konnte.

Im grundsätzlichen Bereich scheinen die Jungdemokraten von einer speziellen Kapitalismuskritik auszugehen. Sie sprechen in ihren Beschlüssen vom »Gegensatz von Kapital und Arbeit und den darin begründeten Klassenauseinandersetzungen« (S. 176) und sehen sich als Teil einer »antikapitalistischen Bewegung« (S. 187). In den Ausführungen zu den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik wird jedoch deutlich, daß die Jungliberalen keine Marxsche oder andere Klassenanalyse vertreten. In den Aussagen etwa zum Problem der Rüstungsexporte werden ungebrochen apologetische Argumente aus dem Unternehmerlager wiederholt (»Nur wenn (die Industrie) auf den internationalen Märkten auftritt und möglichst auch in Länder liefert, in denen ihre tödlichen Waren ge- und damit auch verbraucht werden, kann sie ihre Kapazitäten voll auslasten«, S. 169). Welche Kapitalismusanalyse die Jungdemokraten ihren Beschlüssen und Aktionen aber zugrunde legen, läßt sich diesen Texten nicht entnehmen.

(...)

Theoretisches Ungenügen ist leider auch bei den Äußerungen zum Militärischen festzustellen. Von dem zu Recht zentral verwendeten Sicherheitsbegriff heißt es etwas hilflos, dieser sei »ungeheuer schwammig« (S. 122). In den Dokumenten findet sich ein Bezug auf äußere Sicherheit sowie auf Sicherheit im Innern, wie diese der Innenminister definiert. Sicherheit von Arbeitsplätzen, ein doch erheblich abweichendes Konzept, wird als »Spielart (?) der Sicherheit« betrachtet. Die Intention der Jungdemokraten, dem Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung umfassend nachzugehen, ist durchaus einleuchtend, nur bedarf ein solches anspruchsvolles Konzept erheblich stärkerer theoretischer Vorabklärung, als diese in den Autorenbeiträgen zu finden ist. Andererseits enthalten die jüngsten Beschlüsse der Jungdemokraten im Widerspruch dazu bemerkenswert klare Detailaussagen (und diese Koexistenz von Abklärungen und diffusen Vermutungen mag für einen Jugendverband nicht untypisch sein). So heißt es in einer Doppeldefinition von »Sicherheitspolitik« in den Langer Beschlüssen:

»1. Die soziale (Vorsorge für die Zukunft, Fürsorge für Krankheit und sozial Schwache usw.), die wirtschaftliche (Sicherheit von Arbeitsplätzen, Sicherheit vor Inflation usw.) und die ökologische Sicherheit (Erhaltung der Lebensbedingungen, Sicherung von unschädlicher Energie usw.) haben Vorrang vor der militärischen Sicherheit.

2. (Militärische Sicherheit folgt aus) ... einer Strategie ... die tatsächlich Verteidigung bewirkt und die Wahrscheinlichkeit eines Krieges verringert, indem sie auch dem Sicherheitsbedürfnis potentieller Gegner Rechnung trägt« (S. 188).

Auch wenn die Definition des zweiten Aspektes, der militärischen Sicherheit, weniger stringent ausfällt (diese wird ausschließlich von Postulaten her bestimmt und soll im übrigen »dringend überprüft und ... verändert werden«, S. 188), legen die Jungdemokraten hiermit einen Beitrag vor, der in der Sicherheitsdebatte in der Bundesrepublik zu Unrecht übersehen wird. Besonders die Betonung der Wechselseitigkeit von Sicherheit (»daß die eigene Sicherheit in dem Maße zunimmt, in dem sich andere vor uns sicher fühlen können«, S. 189 f.)

erscheint als politisch nutzbarer und analytisch ausweiterbarer Problemzugriff.

Als problematischer erscheinen schließlich auf der Ebene der konkreten politischen Analyse die Eigenaussagen über die Ursachen für den Mangel an Abrüstungsfortschritten. Da es sich bei diesen Partien – formal betrachtet – um die Synthese von Kapitalismuskritik, Demokratiekonzeption und Sicherheitstheorie handelt, sind die Ursachen sicher zum Teil in den angemerkten Mängeln der verschiedenen Aussagebereiche zu suchen. So mag der in der Präambel der Langer Beschlüsse benannte »doppelte Ansatzpunkt ... für die Arbeit der Jungdemokraten« (S. 176) akzeptabel sein (»Das Eintreten für innergesellschaftliche Demokratisierung und das Bemühen um internationale Entspannung und Abrüstung«, S. 176). Da weder die einzelnen Aspekte theoretisch hinreichend vorgeklärt sind oder pragmatisch konkretisiert werden, noch näher ausgewiesen wird, wieso es sich wirklich um »sich wechselseitig bedingende Elemente einer Friedensstrategie« (S. 176) handelt, ist der Leser an diesem Punkt am stärksten auf Vermutungen angewiesen, in welcher Weise die Jungdemokraten politisch handeln wollen.

(...)

III. Ergebnisse

Die theoretischen Konzeptionen und das praktische Handeln der beiden politischen Jugendverbände Jungdemokraten und Jungsozialisten unterscheiden sich in einer Reihe von Einzelheiten, nicht aber in der Stoßrichtung. Im Theoriebereich sind bei beiden Organisationen die Bemühungen, von marxistischen Positionen freizukommen, unmittelbar sichtbar. Die vorgelegten Theorie-Aussagen dürften bislang schon aufgrund der Fragen, die sie aufwerfen, für die Arbeit dieser Vereinigungen kaum eine Hilfe gewesen sein.

In ihrer praktischen Tätigkeit beziehen sich Jungdemokraten und Jungsozialisten vor allem auf Soldaten und Kriegsdienstgegner. Die Jungliberalen heben stärker das Moment der »Friedenserziehung« hervor, obwohl auch die jungen Sozialdemokraten stark an Erziehungsfragen interessiert sind.

(...)

Abschließend sei darauf verwiesen, welche Inhalte in der Argumentation der Jungsozialisten und Jungdemokraten ausfallen, obgleich sie eigentlich erwartbar gewesen wären.

Bemerkenswert erscheint, daß die hin und wieder angesprochene militärpolitische Sondersituation Deutschlands (Rüstungsbegrenzungen durch die Westeuropäische Union) nicht zum Ansatzpunkt spezifischer Überlegungen gemacht wird.

(...)

Oder auf bescheidenerer Basis: die Forderung nach einer militärischen Neutralität des mitteleuropäischen Raumes, auch in der Frühgeschichte der Bundesrepublik verschiedentlich klug vertreten,³³ findet sich arg verkürzt im Echo auf Pläne, in Europa atomwaffenfreie Zonen einzurichten. Zumindest eine begründete Ablehnung, warum ein Neutralitätskonzept nicht zweckmäßig sei, und warum man die Rüstungsbeschränkungen der Bundesrepublik nicht als Ansatzpunkte wählen sollte, wäre von den friedenspolitischen Äußerungen der Jugendverbände erwartbar gewesen.

NEUTRONENWAFFE

(Beschuß der Bundesdelegiertenkonferenz 1978 in Braunschweig)

Die Jungdemokraten betrachten die Entwicklung und Produktion von Cruise Missiles, Buckfire-systems, Neutronenwaffen, SS-20-Raketen und weiterer neuer Waffensysteme als ernsthafte Bedrohung aller Abrüstungsbemühungen.

Für die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik muß stets der Grundsatz gelten, daß nicht gefährdet oder zerstört werden darf, was angeblich durch Abschreckung oder Verteidigung geschützt werden soll. Insofern bedeutet schon die Lagerung von rund 7.000 taktischen Nuklearsprengkörpern in Mitteleuropa und die Bereitschaft der NATO, notfalls als erste die Nuklearschwelle in einer bewaffneten Auseinandersetzung zu überschreiten, eine unvertretbare Gefährdung für die Sicherheit und den Schutz unserer Bevölkerung.

Die Produktion der Neutronenwaffe und ihre Einführung in die Armeen der NATO lehnen die Jungdemokraten darüber hinaus aus folgenden Gründen ab:

Die Jungdemokraten halten die serienmäßige Herstellung von Neutronensprengköpfen und die Absicht, diese in Mitteleuropa für Einsätze bereitzustellen und gegebenenfalls auch einzusetzen, für eine zusätzliche Gefährdung unserer Sicherheit. Da sie als Waffen mit begrenztem Wirkungsradius gelten, wird die Entscheidung für Ihren Einsatz wahrscheinlich auf die Kommandeurebene verlagert. Damit sind sie nicht mehr nur politische Abschreckungsmittel, sondern militärisch real nutzbar und senken somit die sichtbare Schwelle.

Die Jungdemokraten halten die Differenzierung, welche Waffen oder welche Strategie für den Ernstfall "humander" seien, für unsinnig, da Kriege und Waffen immer inhuman sind. Deshalb halten sie es geradezu für zynisch, den Ersatz oder die Ergänzung des derzeitigen nuklearen Arsenal durch Neutronensprengköpfe als Maßnahme zur Steigerung der Sicherheit darzustellen. In einem so dicht besiedelten Raum wie der Bundesrepublik Deutschland werden in jedem Fall auch bei einem Einsatz in Grenznähe erhebliche Teile der Zivilbevölkerung hart betroffen. Es sind vor allem bei einer unübersehbar großen Zahl von Menschen langfristig genetische Schäden zu erwarten.

Es gibt weiterhin Aussagen von namhaften Militärs wie auch von seiten der Friedensforschung, die darauf hinweise, daß die bei frühzeitigem Einsatz dieser Mittel gegebene Herabsetzung der Nuklearschwelle den Gegner dazu veranlassen kann, nun seinerseits zu taktischen und strategischen Massenvernichtungsmitteln zu greifen. Insofern ist auch die bei den Neutronensprengköpfen gepriesene Schonung von Gebäuden und Wirtschaftsgütern wahrscheinlich nur von kurzer Dauer.

Die Jungdemokraten fordern daher Bundesregierung und Bundestagsfraktion der F.D.P. auf, diesen Plänen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und Europa als von Neutronensprengköpfen freie Zone zu erhalten.

Die Jungdemokraten warnen weiterhin vor dem voreiligen Schluß, man könne die Sicherheit stabilisieren oder gar erhöhen, wenn die Bundesregierung mit der Bereitschaft zu verstärkter konventioneller Rüstung die Pläne für den Einsatz herkömmlicher nuklearer oder Neutronenwaffen verhindere. Im Gegensatz dazu ist es notwendig, verstärkt andere Maßnahmen zur Verminderung der Kriegswahrscheinlichkeit zu treffen. Die wichtigste und vordringlichste unter ihnen ist eine Verstärkung der Bemühungen um Abrüstung. Diese können aber so lange nicht zu einem erfolgreichen Verhandlungsergebnis führen, wie immer wieder versucht wird, durch die Perfektionierung des Waffenarsenals in bessere Ausgangspositionen zu gelangen.

Die Mitglieder des Bundesverbandes werden aufgerufen, sich verstärkt an den Aktivitäten von Teilen der Bevölkerung gegen ein weiteres Aufrüsten zu beteiligen.

Hartes Ringen um Kompromisse

BEI DER EUROPÄISCHEN JUGEND- UND STUDENTENKONFERENZ FÜR ABRÜSTUNG

Sie reisen wie die Alten, reden wie die Alten und raus kommt bei ihnen genauso wenig wie bei den Alten. Wer immer dieses Wort über internationale politische Jugendbegegnungen geprägt hat, so ganz unrecht hatte er wohl nicht. Trotzdem ist dieses Urteil überzogen. Dies soll am Beispiel der Europäischen Jugend- und Studentenkonferenz zur Abrüstung, die vom 20. bis 22. Januar 1978 in Budapest tagte, aufgezeigt werden.

254 Delegierte aus 29 Ländern und den unterschiedlichsten politischen, ideologischen und religiösen Richtungen zugehörig, diskutierten drei Tage lang im Plenarsaal des ungarischen Parlaments über die verschiedensten Aspekte der Abrüstung und verabschiedeten ein Schlußdokument, das einen gemeinsamen Appell an die europäischen Staaten und ihre Regierungen enthält, sie mögen ihre Bemühungen, zu konkreten Abrüstungsschritten zu kommen, verstärken.

Das liberale Lager war bei dieser Konferenz durch eine 16köpfige Delegation der Europäischen Föderation der liberalen und radikalen Jugend (EFLRY) unter Leitung ihres Präsidenten Volkmar Kallenbach vertreten; außer ihm waren von den Jungdemokraten noch Walter Eschweiler, Wolfgang Klette sowie der Berichterstatter dabei. Wir hatten unsere Vorstellungen über Ziele und Schritte der Abrüstung auf den beiden Vorbereitungstreffen in Prag und Bonn nicht zufriedenstellend einbringen können. Der Entwurf für das Schlußdokument, der den Jungdemokraten zum Arbeitskreis-Wochenende in Höhr-Grenzhausen vorlag, konnte so unsere Zustimmung nicht finden. Wir machten deshalb eine Reihe von Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen, die dann vom EFLRY-Präsidium weitestgehend übernommen und in Budapest eingebracht wurden. Die Liberalen waren damit die einzigen, die schon zu Beginn der Konferenz einen umfangreichen Katalog von Änderungsanträgen einbrachten. Sie verärgerten damit zwar zunächst die Konferenzregie, die überwiegend der Meinung gewesen war, man könne drei Tage lang in Frieden, Freundschaft, Eierkuchen machen und dann den vor-

bereiteten Entwurf verabschieden; sie schlug damit aber zugleich eine Schneise für andere Verbände, die ebenfalls nicht alles schlucken wollten, was von den Teilnehmern der Vorgespräche ausgehandelt worden war.

In einem Grundsatzbeitrag während der ersten Konferenzrunde machte Volkmar Kallenbach deutlich, welche Punkte aus unserem Änderungskatalog für die Liberalen unverzichtbar waren:

- Die Notwendigkeit, daß alle Staaten die Prinzipien und Vereinbarungen der KSZE-Schlußakte von Helsinki voll verwirklichen, sollte stärker betont werden, als dies im Entwurf des Dokuments zu lesen war.
- Außer der Neutronenwaffe sollten auch andere, vor allem auch von der Sowjetunion entwickelte neue Waffen und Waffensysteme geächtet werden.
- Ein vom rumänischen Staatsjugendverband eingebrachter Abschnitt, in dem allen Ländern das Anrecht auf eine selbständige Entwicklung von Atomtechnologien eingeräumt werden sollte, war mit der Beschlußlage der Liberalen unvereinbar und sollte deshalb zurückgezogen werden.
- In das Dokument sollte eine Aussage zur Anerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung als ein unverzichtbares Grundrecht aufgenommen werden.
- Das Schlußdokument sollte außerdem um einen Abschnitt über Friedenserziehung und ihre Bedeutung für die Entwicklung positiver Einstellungen zur Abrüstung und zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen für die Gefahren der Gewalt und Ungerechtigkeit ergänzt werden.

Volkmar Kallenbach betonte in seinem Beitrag außerdem, daß Frieden nicht nur eine Frage bloßer Abwesenheit von Kriegen sei. Es gehe auch um die Anwesenheit struktureller Gewalt innerhalb der Staaten. Diese richte sich gegen fundamentale politische und soziale Rechte entweder der Mehrheit eines Volkes oder gegen politische oder nationale Minderheiten in einem Land oder werde als wirtschaftliche oder soziale Verletzung bestimmter Gruppen in einer Gesellschaft manifest. Gewalt dieser Art gebe es in einem zu großen Ausmaß in den meisten der europäischen Staaten.

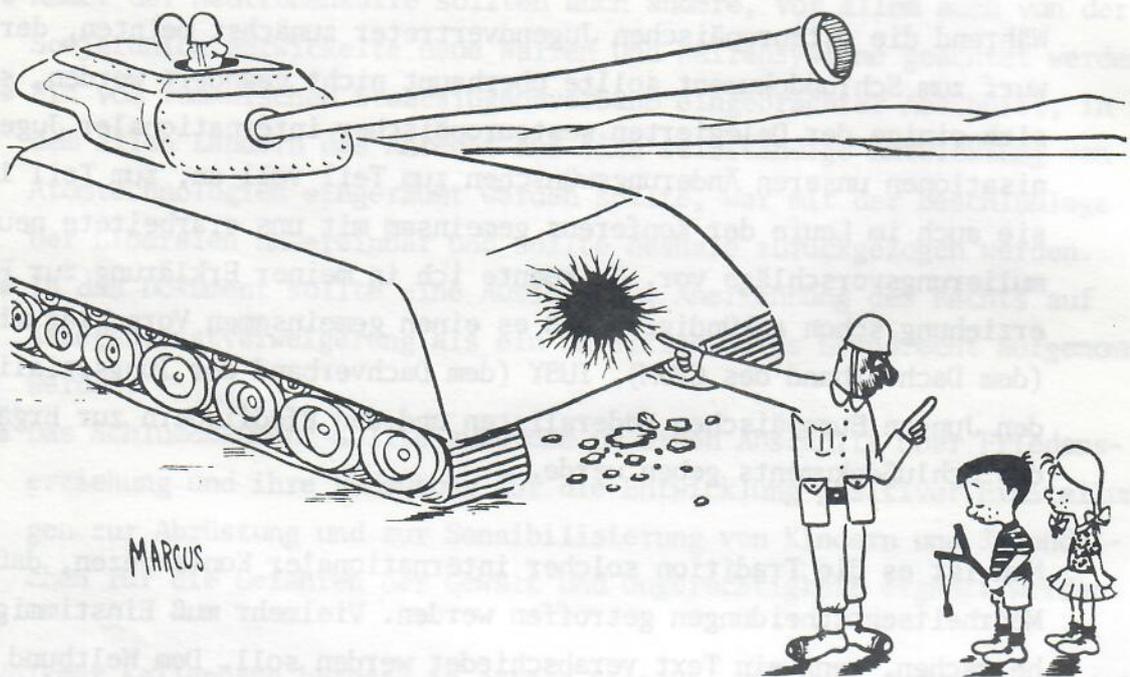
Einzelne Bereiche unserer Forderungen wurden dann im Verlauf der Konferenz noch in kurzen Referaten anderer Mitglieder der EFLRY-Delegation vertieft. Wolfgang Klette sprach zur Frage der Kriegsdienstverweigerung, Matti Saarinen (Finnland) erläuterte, warum wir großen Wert auf die volle Anwendung der KSZE-Schlußakte legten, Johan Schück (Schweden)

ging auf Probleme des Wettrüstens und der Rüstungsexporte ein und ich selbst gab einen Überblick über die Bereiche, in denen Friedenserziehung etwas zum Abbau von Feindbildern und zur Entspannung beitragen und damit an der Basis Voraussetzungen für Abrüstung schaffen kann. Unsere Beiträge unterschieden sich insofern von den meisten anderen Referaten der Konferenz, als wir nicht nur Allgemeinplätze über die Notwendigkeit von Entspannung und Abrüstung von uns gaben, sondern jeweils auf konkrete Themen eingingen und eben auch versuchten, unsere Änderungswünsche durchzusetzen.

Während die osteuropäischen Jugendvertreter zunächst meinten, der Entwurf zum Schlußdokument sollte überhaupt nicht geändert werden, schlossen sich einige der Delegierten westeuropäischer internationaler Jugendorganisationen unseren Änderungswünschen zum Teil voll an, zum Teil legten sie auch im Laufe der Konferenz gemeinsam mit uns erarbeitete neue Formulierungsvorschläge vor. So konnte ich in meiner Erklärung zur Friedenserziehung schon ankündigen, daß es einen gemeinsamen Vorschlag mit YMCA (dem Dachverband des CVJM), IUSY (dem Dachverband der Jungsozialisten), den Jungen Europäischen Föderalisten und den Pfadfindern zur Ergänzung des Schlußdokuments geben werde.

Nun ist es die Tradition solcher internationaler Konferenzen, daß keine Mehrheitsentscheidungen getroffen werden. Vielmehr muß Einstimmigkeit herrschen, wenn ein Text verabschiedet werden soll. Dem Weltbund Demokratischer Jugend (WFDY), in dem die osteuropäischen Staatsjugendverbände sowie westliche kommunistische Jugendorganisationen (z.B. die SDAJ) zusammengeschlossen sind, hatte sehr viel an dem Zustandekommen dieser Konferenz gelegen. Wollte er also die Konferenz nicht platzen lassen, dann mußte er sich auf die Möglichkeit einlassen, den Entwurf zu ändern. Dabei versuchten seine Vertreter natürlich auch, einige Positionen, die sie in den Vorbereitungstreffen aufgegeben hatten, nun wieder einzubringen und durchzusetzen. In der Nacht vom 21. auf den 22. Januar kam es deshalb im Ständigen Hauptquartier der WFDY, das sich ebenfalls in Budapest befindet, zu einer bis morgens um acht dauernden Sitzung des Konferenzpräsidiums, auf der um die einzelnen Formulierungs- und Streichungsvorschläge hart gerungen wurde.

Dann aber waren sich die Teilnehmer so weit einig, daß dem Plenum am 22. ein Text vorgelegt werden konnte, dem niemand mehr widersprach. Wohl erklärten zwei der drei christlich-demokratischen und konservativen Dachverbände am Schluß, sie müßten vor einer Zustimmung noch ihre Mitgliedsorganisationen befragen, doch auch sie, die bis dahin solchen Treffen und Konferenzen absichtlich ferngeblieben waren, gestanden ein, daß man in einem fruchtbaren Dialog eine ganze Reihe von tragfähigen Kompromissen gefunden hätte.



EFLRY hatte zwar nur eine relativ kleine Delegation gestellt, aber wir hatten unsere Änderungswünsche weitgehend durchsetzen können. Unsere gute Vorbereitung und vor allem unsere Standfestigkeit während der nächtlichen Präsidiumssitzung hatte uns in die Lage versetzt, unter den westlichen Delegationen eine gewichtige Rolle einzunehmen. Gerade im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik mußte es auch möglich sein, die hier erworbene Führungsposition aufrecht zu erhalten, vielleicht sogar auszubauen.

Doch auch wenn wir unseren Einfluß hier geltend machen konnten, so muß zum Schluß in zweierlei Hinsicht nach der Tragweite der Ergebnisse dieser Konferenz gefragt werden. Wenn wir vereinfachend das Schlußdokument in dem Satz zusammenfassen "Europas Jugend ist für Abrüstung", so bedeutet

dies nach Budapest zum ersten Mal, daß alle Richtungen innerhalb der europäischen Jugend hinter diesem Satz und dem Schlußdokument stehen. Aber werden sich die Regierungen und Militärs dieser Forderung beugen? Schon was die Entspannungspolitik betrifft, kann man anhand des mageren Ergebnisses der wenige Wochen später in Belgrad zu Ende gegangenen KSZE-Nachfolgekonferenz erhebliche Zweifel haben. Abrüstung ist aber überhaupt noch nicht in Sicht.

In der anderen Richtung führt die Frage der Tragweite zur Jugend selbst. Wer von den Millionen Jugendlichen in Europa hat denn überhaupt Kenntnis von dieser Konferenz erhalten? In Osteuropa wurde sicher einiges über die Massenmedien verbreitet. Fernseheteams waren im Konferenzsaal, auch jede Menge Journalisten von Zeitungen. Aber in der Bundesrepublik blieb die Konferenz entweder unbemerkt oder sie wurde sogar bewußt totgeschwiegen. In wieweit die Jugendvertreter, die aus der Bundesrepublik kamen, in den Organen ihrer Verbände wenigstens ihre Mitglieder an der Basis informiert haben, wissen wir nicht im einzelnen. Aber zwischen Informieren und aktiv Wissen besteht auch noch einmal ein Unterschied. Insgesamt ist also auch in dieser Hinsicht das Ergebnis mager. Außer Spesen nichts gewesen? Zu diesem Schluß komme ich nicht.

Auch wenn das Schlußdokument - das es leider noch nicht in einem offiziellen deutschen Text gibt - viele Kompromisse und daher wenig sehr konkrete Formulierungen enthält, so wird man sich in weiteren Gesprächen mit anderen Jugendverbänden in der Bundesrepublik wie auch auf internationaler Ebene auf dieses Papier berufen können, und man wird in Gesprächen mit "erwachsenen Politikern" auf ihre Verantwortung verweisen können, die sie gegenüber einer nachwachsenden Generation haben, die in bis dahin nie dagewesener Einmütigkeit nach Abrüstung verlangt. Doch dies wird man nur dann mit einem tatsächlichen Gewicht vortragen können, wenn auch die Jugend an der Basis von dieser Konferenz und ihren Ergebnissen weiß und die Forderungen mit trägt. Dazu bedarf es aber noch einiger Vermittlungsarbeit, zu der dieser Bericht nur ein Anfang gewesen sein kann.

Berthold Meyer

LITERATUR ZUM THEMA

Obwohl die Friedens- und Konfliktforschung noch eine verhältnismäßig junge Wissenschaft ist, hat auch in ihrem Bereich die Zahl der Publikationen längst einen Umfang angenommen, der selbst für Spezialisten kaum noch annähernd zu überschauen ist. Die nachfolgende Literaturliste pickt deshalb nur ein paar Beiträge heraus, von denen wir meinen, daß sie zur Vertiefung und zur kritischen Auseinandersetzung mit den Fragen, die in dieser Broschüre angesprochen sind, nützlich sein können. Eine auch schon wieder nicht mehr ganz neue ausführliche Bibliographie sei hier aber auch erwähnt:

SCHARFENORTH, Gerda / HUBER, Wolfgang (Hrsg.): Neue Bibliographie zur Friedensforschung. Studien zur Friedensforschung Band 12, Stuttgart/München 1973

A) Rüstung und Abrüstung

AFHELDT, Horst u.a.: Durch Kriegsverhütung zum Krieg? Die politischen Aussagen der Weizsäcker-Studie "Kriegsfolgen und Kriegsverhütung" München 1972

Dieser Band ist wesentlich leichter verständlich als die Weizsäcker-Studie selbst und genügt auch, um die Grundgedanken dieses wichtigen Werkes kennenzulernen.

ALBRECHT, Ulrich: Die Wiederaufrüstung der BRD. Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht, Köln 1974

Für alle, die sich rasch einen Überblick über den Beginn der Wiederaufrüstung und die damalige innenpolitische Diskussion verschaffen wollen.

ALBRECHT, Ulrich / LOCK, Peter / WULF, Herbert: Arbeitsplätze durch Rüstung? Warung vor falschen Hoffnungen. Reinbek 1978 (roro-Aktuell)
Das Buch enthält außerdem Stellungnahmen dreier SPD-Abgeordneter zum Zielkonflikt Arbeitsplatzsicherung und Abrüstung.

ALBRECHT, Ulrich / SOMMER, Birgit: Deutsche Waffen für die dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik. Reinbek 1972

Eine brauchbare Einführung in die Problematik der Rüstungsexporte.

BARNET, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder Die Ökonomie des Todes. Reinbek 1971

Das Buch analysiert den amerikanischen Rüstungskomplex. In einem Nachwort geht Claus GROSSNER der Frage nach: Ein militärisch-industrieller Komplex in der Bundesrepublik?

BRANDT, Gerhard: Rüstung und Wirtschaft in der BRD, Witten/Berlin 1966
Für alle, die sich vertieft mit der deutschen Rüstungsentwicklung beschäftigen wollen.

FRIEDENSANALYSEN Für Theorie und Praxis 2, Schwerpunkt: Rüstung.
Frankfurt 1976 (edition suhrkamp)

Wer sich im Bereich der Friedensforschung ein wenig auf dem Laufenden halten will, sollte in seiner Buchhandlung ab und zu nach den neuesten FRIEDENSANALYSEN fragen. Diese Vierteljahresschrift in Taschenbuchform hat jeweils ein Schwerpunktthema - Heft 2 also die Rüstung, Heft 7 die Beiträge der Jusos und Jungdemokraten zur Sicherheitspolitik - und (mit Ausnahme von Heft 7) einen allgemeinen Teil, in dem Einzelaufsätze zu anderen Problemen aus der Friedensforschung behandelt werden.

LUTZ, Dieter S. / RITTBERGER, Volker: Abrüstungspolitik und Grundgesetz. Eine verfassungsrechtlich-friedenswissenschaftliche Untersuchung. Baden-Baden 1976

Diese Studie geht dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der Frage, ob die Bundesrepublik abrüsten darf oder sogar muß, nach.

MILITÄRPOLITIK DOKUMENTATION

Diese Hefte erscheinen 4 bis 6 mal jährlich und widmen sich jeweils einem bestimmten Thema, zB

Heft 2/76: Entwicklung der Militär- und Sozialausgaben der Welt

" 1/77: Zur Problematik der Taktischen Nuklearwaffen in Europa

" 3/77: Weißbücher des Auslandes: Italien. Großbritannien. Südafrika. Militärische und zivile Kernenergie in Zahlen

" 4/5/77: Rüstungskontrolle in Europa MBFR

Die Hefte sind zu beziehen über die Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinde Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

SCHMIDT, Manfred G.: Staatsapparat und Rüstungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1966-1973, Gießen/Lollar 1975

Das Buch beschäftigt sich mit den Schranken und Folgeproblemen der Staatsinterventionspolitik am Beispiel des Militär- und Rüstungssektors. Es enthält sehr viel Zahlenmaterial.

SENGHAAS, Dieter: Rüstung und Militarismus, Frankfurt 1972

Das Buch enthält Untersuchungen über die Voraussetzungen von Drohpolitik wie auch über den amerikanischen Rüstungskomplex.

SIPRI (Hrsg.): Rüstung und Abrüstung im Atomzeitalter. Ein Handbuch. Reinbek 1977

Das angesehene Stockholm International Peace Research Institute SIPRI, das jährlich seine Untersuchungsergebnisse in englischer Sprache herausgibt, hat hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse aus den letzten Jahren erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht. Ein unverzichtbares Standardwerk.

STUDIENGRUPPE MILITÄRPOLITIK (Hrsg.): Ein Anti-Weißbuch, Reinbek 1973

Das Buch setzt sich kritisch mit der Militär- und Rüstungspolitik der Bundesrepublik auseinander, zB mit der MRCA "Tornado" Beschaffung.

VILMAR, Fritz: Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus

Dieses Standardwerk hat sowohl in der Europäischen Verlagsanstalt Frankfurt wie imrororo-Taschenbuch-Verlag mehrere Auflagen erlebt und dabei auch verschiedentlich Erweiterungen erfahren. Es analysiert die Funktion der Rüstung im Spätkapitalismus allgemein und in der Bundesrepublik im Besonderen. Auch die politische Funktion des Militärs als Herrschafts- und Sozialisationsinstrument wird erläutert.

B) Sicherheitspolitik

AFHELDT, Horst: Verteidigung und Frieden. Politik mit militärischen Mitteln. München 1976

Das Buch analysiert die Sicherheitspolitik der USA und der Bundesrepublik und zeigt sehr deutlich die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen dieser beiden miteinander verbündeten Länder auf.

BIELFELDT, Carola u.a.: Frieden in Europa, Reinbek 1973

Der von Mitarbeitern der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung gestaltete Band enthält u.a. eine Studie über die Entwicklung des Ost-West-Konflikts.

KAHN, Hermann: Eskalation - Die Politik mit der Vernichtungsspirale Berlin (Ullstein-Taschenbuch 2792)

Hier wird die Prämissen der Verteidigungsstrategie offengelegt. Es gibt wohl kaum ein zweites Buch, in dem sich die Drohphantasie strategischen Denkens so politikrelevant niedergeschlagen hat.

SCHMIDT, Helmut: Strategie des Gleichgewichts. Berlin (Ullstein TB 2789)

Eines der "Frühwerke" unseres Bundeskanzlers aus den 60er Jahren.

SENGHAAS, Dieter: Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit. Frankfurt 1969

Eine Analyse der Abschreckungsstrategie. Zugleich ein Klassiker der deutschen Friedensforschung. Aber nicht ganz leicht zu verstehen.

WEIZSÄCKER, Carl Friedrich v.: Wege in der Gefahr. Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung. München 1976 ff.

Das Buch zeigt die verschiedenen Ursachen von Gefahren auf, von denen die heutige Menschheit bedroht ist und macht auch Vorschläge für ihre Überwindung.

C) Friedensforschung / Friedenserziehung

FUNKE, Manfred (Hrsg.): Friedensforschung. Entscheidungshilfe gegen Gewalt. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 103 Bonn 1975

Das Buch enthält 24 Aufsätze zu verschiedensten Problemen der Friedensforschung von Autoren verschiedenster politischer Richtung.

MEYER, Berthold u.a.: "Wir produzieren Sicherheit" Sozialisations- und Integrationsfunktion des Militärs als Unterrichtsthema. Tübinger Beiträge zur Friedensforschung und Friedenserziehung Band 4, Waldkirch 1976

Der Band setzt sich vor allem mit der Bundeswehr-Werbung auseinander.

SENGHAAS, Dieter (Hrsg.): Kritische Friedensforschung, Frankfurt 1971

Dieser Sammelband enthält einige Standardaufsätze, u.a. Johan Galtungs "Gewalt, Frieden und Friedensforschung".

WULF, Christoph (Hrsg.): Kritische Friedenserziehung, Frankfurt 1973

Auch dieser Sammelband enthält Standardaufsätze zur Friedenserziehung.

DJD

Deutsche Jungdemokraten

LANDESGESCHÄFTSSTELLEN

<u>DJD-Baden-Württemberg</u>	Rotebühlstr.133 7000 Stuttgart	Tel. 0711 /624178
<u>DJD-Bayern</u>	Reifenstuelstr.6 8000 München 5	Tel. 089 /776800
<u>DJD-Berlin</u>	Im Dol 2-6 1000 Berlin 33	Tel. 030 /8312090
<u>DJD-Bremen</u>	Karolinastr.23-24 2800 Bremen 1	Tel. 0421 /313697
<u>DJD-Hamburg</u>	Schwanenwik 10 2000 Hamburg 76	Tel. 040 /2209609
<u>DJD-Hessen</u>	Schwarzburgstr.30 6000 Frankfurt	Tel. 0611 /592473
<u>DJD-Niedersachsen</u>	Walter-Gieseckingstr.21 3000 Hannover 1	Tel. 0511 /812339
<u>DJD-Rheinland-Pfalz</u>	Albinistr.17 6500 Mainz	Tel. 06131 /26700
<u>DJD-Nordrhein-Westfalen</u>	Worringer Str.82-84 4000 Düsseldorf 1	Tel. 0211 /360845
<u>DJD-Saar</u>	Kantstr.6 6600 Saarbrücken	Tel. 0681 /33254
<u>DJD-Schleswig-Holstein</u>	Sophienblatt 32-34 2300 Kiel 1	Tel. 0431 /672485
<u>BUNDESGESCHÄFTSSTELLE</u>	Reuterstraße 44 5300 Bonn 1	Tel. 02221 /210952

